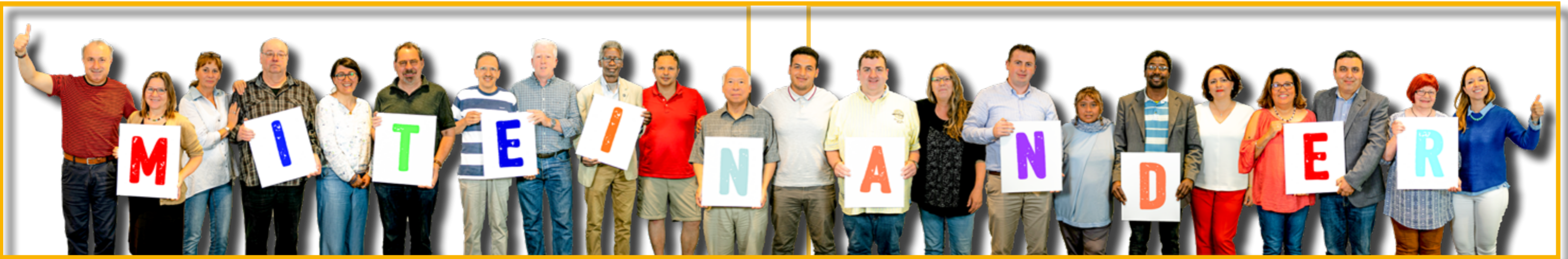


**Möglichkeiten politischer Partizipation
von Menschen mit Migrationshintergrund
in Niedersachsen**



**Jahresrückblick der kommunalen
Migrationsbeiräte
2020/21**



Inhalt:

2020

Vorwort Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Köpf Seite 4

Vorwort der Vorstandsvorsitzenden des NIR Galina Ortmann Seite 5

Die Delegierten in den Gremien des NIR Seite 8

Die Mitgliedsbeiräte des NIR Seite 8

Die Delegierten des NIR Seite 9

Antrittsbesuch bei Innenminister Pistorius Seite 10

Aus den Kommunen - Hildesheim Seite 10

Chronik des NIR Seite 11

Aus den Kommunen - Garbsen Seite 13

117. Plenarsitzung (Hannover) Seite 14

Aus den Kommunen - Langenhagen Seite 18

118. Plenarsitzung (Hannover) Seite 19

Aus den Kommunen - Hannover Seite 20

119. Plenarsitzung (Hannover) Seite 21

2021

Landtagskommission beschließt Positionspaper Seite 23

NIR-Positionspaper Bildung Seite 24

NIR-Positionspaper „Rassismus“ Seite 25

NIR-Positionspaper „Verankerung der Migrations- und Integrationsbeiräte in der Niedersächsischen Kommunalverfassung“ Seite 26

120. Plenarsitzung (online) Seite 28

Wahlprüfsteine für die kommende Wahlperiode Seite 29

Aus den Kommunen - Osnabrück Seite 30

Aus den Kommunen - Salzgitter Seite 30

Aus den Kommunen - Langenhagen Seite 31

Wahlaufruf des Niedersächsischen Integrationsrates Seite 32

121. Plenarsitzung (Hildesheim) Seite 33

Achim Weber wird verabschiedet Seite 34

Integration in Zeiten von Corona Seite 35

Aus den Kommunen - Oldenburg Seite 37

Freizeit- und Begegnungstätte FRISBEE Seite 38

Wir sind Hannover Seite 39

Aus den Kommunen - Wunstorf Seite 40

Kommunalswahlen in Hannover Seite 41

122. Plenarsitzung (Hannover) Seite 42

Pressemitteilung Niedersachsen 2030 Seite 43

Pressemitteilung Antisemitismus Seite 44

Impfpakt Niedersachsen Seite 44

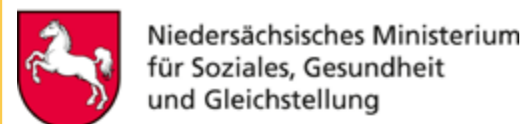


Impressum:

Herausgeber, Verleger, Redaktionsanschrift

Niedersächsischer Integrationsrat
 Stadtstraße 17
 30159 Hannover
 Telefon: 0511 - 338 798 54
 Fax : 0511 - 338 798 42
 nds-integrationsrat@nds-integrationsrat.de
 www.nds-nir.de

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
 für Soziales, Gesundheit
 und Gleichstellung



- ▶ Layout und Gestaltung: Thomas Zettelmann
- ▶ Fotos: Thomas Zettelmann Fotografie
- ▶ Deckblattfoto: ©Robert Kneschke/Fotolia.com
- ▶ Rückblattfoto: ©Thaut Images/Fotolia.com

Vorwort



Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Köpf

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Das Jahr 2020/21 hat vieles in unserem Land und auf der ganzen Welt verändert und auf den Kopf gestellt. Das hat leider auch den so wichtigen Bereich der Integration und Teilhabe von zugewanderten Menschen in Niedersachsen betroffen. Die Migrationsberatung war nur sehr eingeschränkt möglich, für Gremiensitzungen und Veranstaltungen mussten oftmals digitale Ausweichformate geschaffen werden. Vor allem: Menschen konnten nicht wie gewohnt in den so wichtigen persönlichen Kontakt treten, sich begegnen, sich kennenlernen. Dem Einsatz für ein friedliches und vorurteilsfreies Miteinander durch Kontakte und Begegnungen hat die Corona-Pandemie zweifellos einen Bärendienst erwiesen.

Und so, wie könnte es anders sein, unterscheidet sich auch die vorliegende Jahresbroschüre 2020/2021 des Niedersächsischen Integrationsrates von den Berichten der Vorjahre. Das heißt allerdings keineswegs, dass der Integrationsrat und seine Mitglieder ihre vielfältige demokratiefördernde Arbeit nicht fortgesetzt oder diese gar an Bedeutung eingebüßt hätte. Ganz im Gegenteil: In 2021 hat sich der Einsatz für das gute Zusammenleben in Vielfalt weiterentwickelt und digitalisiert. Insofern hat die Krise – positiv betrachtet – hier und da sicher auch Impulse in Richtung Zukunft ausgelöst.

Rassistische Einstellungen und demokratiefeindliche Verschwörungsmymen fassen in der breiteren Gesellschaft in erschreckendem Maße immer weiter Fuß. Gerade deshalb ist die politische Arbeit der Integrationsräte heute so wichtig wie eh und je. Für diesen Dienst an der freien und offenen Gesellschaft bin ich außerordentlich dankbar.

Doch auch die langfristigen Ziele dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, die wir uns auf dem Weg zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft gemeinsam gesteckt haben. Dazu zählt, die Akzeptanz von kultureller, ethnischer oder religiöser Vielfalt in der Breite der Gesellschaft fester zu verwurzeln. Auch gilt es weiterhin, die politische Teilhabe zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in den Parlamenten, Räten und Interessenvertretungen in unserem Land zu fördern und zu stärken. Für diese Aufgaben sind wir in Niedersachsen auf die Arbeit des NIR und seiner Mitglieder angewiesen. Mehr noch: Für dieses vielfältige soziale und politische Engagement, wie es in diesem Bericht dokumentiert ist, können wir nur dankbar und stolz sein.

Deshalb freue ich mich sehr auf eine weiterhin gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem NIR. Vor allem hoffe ich, dass wir in 2022 wieder ein Stückweit zur Normalität des persönlichen Austauschs und Miteinanders zurückkehren können.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2022 und viel Freude bei der Lektüre des vorliegenden NIR-Jahresberichtes.

Ihre Doris Schröder-Köpf

Vorwort der Vorstandsvorsitzenden Galina Ortmann



NIR-Vorsitzende Galina Ortmann

Liebe Mitglieder des Niedersächsischen Integrationsrates,

Corona hat in den letzten beiden Jahren auch bei uns viele Pläne durcheinander gewirbelt. So wollten wir im September 2020 eigentlich in Lüneburg tagen. Den Termin in Alfeld hatten wir von Juni auf November verschoben. Beide Sitzungen mussten von unseren Mitgliedern in Lüneburg und im Landkreis Hildesheim leider abgesagt werden.

Darauf hat der Vorstand reagiert, indem er im Juni 2020 einen Austausch über eine Online-Plattform und für September und November eine Präsenzveranstaltung in Hannover organisiert hat.

Trotz dieser Probleme haben die Arbeitsgruppen zu den Themen Bildung, Rassismus und Politische Teilhabe 2020 und 2021 weiter gearbeitet und werden dies auch in Zukunft tun, um die aktive Umsetzung der Pläne und Forderungen zu begleiten.

Das Positionspapier zum Thema Rassismus wurde von der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe am 16. Juni 2020 als Empfehlung beschlossen, das Positionspapier zum Thema Verankerung der Beiräte in die Kommunalverfassung in der darauf folgenden Sitzung der Landtagskommission am 7. Juli 2020. Im Namen des Vorstands möchte ich mich bei allen beteiligten Mitgliedern für diesen Erfolg bedanken.

Unser Positionspapier Bildung wurde am 1. September 2020 in der Kommission verabschiedet. Für die Formulierung unserer Forderungen möchte ich mich noch einmal sehr herzlich bei unseren Delegierten Bernadette und Joaquim im Landesschulbeirat bedanken.

Um die Möglichkeit der gesellschaftlichen und politischen Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft zu verbessern, fordern wir schon lange die Verankerung der Integrationsbeiräte in der Niedersächsischen Kommunalverfassung und ein Teilhabegesetz in Land und Bund.

Im Jahr 2016 hatten der Vorstandskollege Dang Chau Lam und ich an Vorgesprächen der damaligen Rot-Grünen Koalition zum Entwurf eines Teilhabegesetzes teilgenommen. Da im Jahr 2017 eine Grünen-Abgeordnete zur Fraktion der CDU wechselte, verlor die Rot-Grüne Koalition ihre Mehrheit im Landtag und es gab Neuwahlen, die eine Große Koalition unter Führung der SPD zum Ergebnis hatten. Das Gesetz konnte deshalb nicht mehr verabschiedet werden. Es ist leider absehbar, dass es in dieser Legislaturperiode weder eine Verankerung der Beiräte noch ein Teilhabegesetz geben wird. Vor einiger Zeit hat allerdings der Ministerpräsident öffentlich gesagt, dass er ab 2022 lieber wieder mit den Grünen die Regierung bilden will. Auf diese Situation müssen wir vorbereitet sein und deshalb weiter intensiv an einem Entwurf für ein Partizipationsgesetz arbeiten.

In den letzten beiden Jahren hat es trotz einiger Rückschläge und Konflikte viele positive Entwicklungen gegeben. Zu nennen sind hier zum einen der Besuch der Sozialministerin Reimann zum Jubiläum in Göttingen im November 2019 und das persönliche Gespräch von Kollege Chau Lam und mir mit Innenminister Pistorius zu unseren grundlegenden Themen Antirassismus, Verankerung der Beiräte, interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige. Die dadurch ausgedrückte Wertschätzung zweier wichtiger Mitglieder der Landesregierung ist nicht selbstverständlich.

Zum anderen ist die wieder gestärkte Zusammenarbeit mit den beiden anderen bedeutenden Landesverbänden AMFN und Flüchtlingsrat zu nennen. Gegenüber den Parteien, dem Parlament und der Landesregierung ist ein gemeinsames Auftreten eminent wichtig, ein Gegeneinander auch im Hinblick auf die finanzielle Förderung äußerst kontraproduktiv.

Im Herbst 2019 konnten wir ein neues Mitglied in unseren Reihen begrüßen. Mit dem Integrationsbeirat der Stadt Delmenhorst hat der NIR jetzt 20 Mitglieder. 2019 und 2020 haben der Kollege Abaci und ich die Initiative zur Gründung eines Migrationsrates im Landkreis Holzminden in drei vorbereitenden Sitzungen unterstützt. Am 10. September 2020 haben wir die Arbeit des NIR in der ersten Sitzung nach der Konstituierung vorgestellt. Auf dieser Sitzung wurden der Vorstand und die Gremienvertreter gewählt, so dass im Herbst 2021 der Beitritt zum NIR erfolgen konnte.

Ebenfalls Ende 2019 gab es ein Gespräch mit dem Präsidenten des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebunds, Dr. Marco Trips, um die Arbeit des NIR auch gezielt in den kleinen und mittleren Kommunen und in den ländlichen Regionen voranzubringen. Außerdem haben wir Kooperationen mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem

Landesverband der Volkshochschulen gegründet, mit deren Unterstützung wir in den nächsten Jahren Fachtagungen planen und umsetzen werden.

Um den Anteil von Migranten und Frauen in den Kommunalparlamenten zu erhöhen, hat der NIR mit Blick auf die Kommunalwahl 2021 ein landesweites Mentoringprogramm aufgelegt, das sich an alle Menschen mit Migrationsgeschichte richtet. Einige unserer Mitgliedskommunen, wie zum Beispiel der Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück, haben lokale Mentoringprogramme gestartet.

Die Migrations- und Integrationsbeiräte bilden eine wichtige Plattform politischer Sozialisation der zugewanderten Bevölkerung. Aus unseren Reihen haben es bereits einige geschafft, in die kommunalen, in die Landesparlamente, und auch in den Bundestag zu kommen.

Auf der Bundesebene war der NIR als Mitglied der Vorbereitungsgruppe der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen aktiv daran beteiligt, eine gesellschaftliche Debatte über Rechtsextremismus und den alltäglichen Rassismus bei der Bundesregierung einzufordern. Mittlerweile gibt es auf Bundesebene einen Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, den wir kritisch begleiten werden.

Mit Verweis auf unsere Nachbarn, die Bundesländer Hessen und Nordrhein-Westfalen, möchte ich noch einmal die Bedeutung unserer Arbeit zur Verankerung und zum Teilhabegesetz betonen.

Der Hessische Landtag hat am 6. Mai 2020 das Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften beschlossen. Danach fanden die Ausländerbeiratswahl gemeinsam mit den Wahlen der Gemeindevertretungen, Ortsbeiräte und Kreistage am 14. März 2021 statt.

Unsere Kollegen und Freunde aus Nordrhein-Westfalen haben im März 2020 auf der letzten Mitgliederversammlung im Rathaus von Hannover ausführlich über ihre Arbeit berichtet. Hier fanden die Integrationsratswahlen parallel zur Kommunalwahl am 13. September 2020 statt.

Diese Erfolge unserer Nachbarn möchte ich auch für Niedersachsen erreichen. Ich rufe alle Mitglieder des NIR auf, weiter an diesem Ziel zu arbeiten.

Trotz der Einschränkungen durch die Pandemie konnten wir 2021 zwei Plenarsitzungen in Hildesheim und in Hannover beschlussfähig in Präsenz umsetzen. Ich freue mich sehr darüber, dass wir uns von Angesicht zu Angesicht, von Mensch zu Mensch sehen und miteinander reden konnten, was ja in den letzten zwei Jahren nicht selbstverständlich war.

Das haben wir wohl unter anderem auch der Impfkampagne in Niedersachsen zu verdanken, die Sozialministerin Behrens auf unserer Juni-Tagung in Hildesheim vorgestellt hat und die der NIR unterstützt. Im Beratungsgremium mit vielen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen vertritt ich auf Einladung der Ministerin die Interessen des NIR und seiner Mitglieder in den Kommunen. Aktuell sehen wir, dass uns die Pandemie leider noch länger begleiten wird. Deshalb ist es umso wichtiger, Menschen zu schützen und auch die sozialen Langzeitfolgen weiterhin im Fokus zu behalten und vor Ort in den Kommunen auf die Tagesordnung zu setzen.

Als Dachorganisation von 21 kommunalen Integrationsräten und Migrationsräten leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Integration in Niedersachsen. Die Erfahrungen, die vor Ort in den Integrationsräten und Migrationsräten gemacht werden, können so ausgetauscht und landesweit weitergetragen und genutzt werden. Als Dachorganisation hat unser Wort landesweit Gewicht. Die Erfahrungen und Themen in den Kommunen vor Ort erreichen die politischen Mandatsträger und Institutionen, die die Integration steuern. Damit verbessern wir die gesellschaftliche Teilhabe der zugewanderten Menschen. Wir alle wissen am besten: Dies ist kein leichter, sondern ein langer und schwieriger Weg, der viel Geduld und politisches Geschick verlangt.

Schließlich findet Integration vor Ort statt, dort wo die Menschen leben. Wo zugewanderte Menschen und diejenigen, die schon ein Leben lang in ihrer Gemeinde oder Stadt leben, gleichberechtigt und miteinander am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollen. Deshalb werde ich als Vorsitzende mit Eurer Unterstützung weiter alles daran setzen, noch mehr Mitglieder zu gewinnen. Ein erklärtes Ziel der niedersächsischen Integrationspolitik ist es seit langem auch, Migrantenorganisationen in den politischen Dialog einzubinden. Wir leisten auf dieser Ebene wichtige Arbeit und sprechen Zielgruppen an, die auf anderen Wegen durch die Politik oft nicht erreicht werden.

Ende 2021 fanden auf der Bundesebene und in den Ländern Festakte zum 60. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei statt. Die sogenannten „Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen“ – nicht nur aus der Türkei – wurden damals mehr nach ihrem Nutzwert für die deutsche Wirtschaft beurteilt, und nicht als gleichwertige Menschen oder gar Mitbürger betrachtet. Viel zu lange wurde in den letzten Jahrzehnten über Defizite von Zugewanderten diskutiert, Menschen wurden und werden angegriffen bis hin zu den niederträchtigen Morden des NSU. Die Toten in Mölln, Solingen und Hanau sind Opfer eines Hasses, der mitten in Deutschland, mitten in dieser Gesellschaft seine Wurzeln hat.

Diese sogenannten „Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen“ haben Deutschland mit aufgebaut und ihre Kinder und Enkel bauen an diesem Deutschland weiter. Sie sind zum Beispiel Handwerker und Pflegekräfte, Ärzte und Richterinnen, Impfstoffentwickler und Unternehmerinnen, Abgeordnete, Staatssekretärinnen oder Minister. Sie sind häufig deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Sie sind nicht „Menschen mit Migrationshintergrund“. Sondern Deutschland ist ein Land mit Migrationshintergrund geworden.

Der NIR verurteilt jede Form von Rassismus. Dies haben wir in unseren Positionspapieren und zuletzt in den Wahlprüfsteinen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir müssen trotz einiger Erfolge bei der Einbringung unserer Kernforderungen in die Landtagskommission Migration und Teilhabe und in das Zukunftsprojekt Niedersachsen 2030 aber weiter am Ball bleiben.

Auf der Bundesebene habe ich mich zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Organisationen dafür eingesetzt, das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige als Ziel in den Koalitionsvertrag der Ampelkoalition aufzunehmen.

Ein sehr wichtiger Punkt und Voraussetzung für eine weitere erfolgreiche Arbeit des NIR ist die Verabschiedung eines Landespartizipationsgesetzes durch eine neue Landesregierung nach den Wahlen im Jahr 2022, damit unser Landesverband endlich institutionell und finanziell abgesichert wird. Hier ist viel politische Lobbyarbeit nötig, um unter anderem eine Geschäftsstelle mit ausreichenden personellen Kapazitäten einzurichten.

Zur Landtagswahl im Herbst 2022 sollten wir auch unsere Wahlprüfsteine noch einmal überarbeiten. Gegenüber den politischen Entscheidungsträgern müssen wir klar zum Ausdruck bringen, dass finanzielle Kürzungen im Bereich Integration und Migration nur zu höheren Folgekosten führen. Mit AMFN und Flüchtlingsrat habe ich ein Bündnis auf den Weg gebracht, das genügend politischen Druck aufbauen konnte, Kürzungen zu verhindern.

In unserer Sitzung im November 2021 war dies im Gespräch mit der Landesbeauftragten für Integration und Migration, Doris Schröder-Köpf, ein wichtiges Thema. Ebenso wichtig war die Einordnung der aktuellen Situation im Bereich Migration und Teilhabe aus wissenschaftlicher Sicht durch Frau Prof. Dr. Naika Foroutan.

In dieser Plenarsitzung wurde der Migrationsrat des Landkreises Holzminden einstimmig in den NIR aufgenommen. Für die erfolgreiche Kooperation in der Phase der Gründung des Beirates und im Prozess des Beitritts möchte ich mich bei Andrej Block, dem Vorsitzenden und Delegierten unseres neuen Mitglieds, sehr herzlich bedanken.

Galina Ortmann, Vorstandsvorsitzende des Niedersächsischen Integrationsrates



Achim Weber
(Geschäftsführer des NIR)



Stellvertreter*innen: **Antonia Martin Sanabria** (Osnabrück), **Lucy Grimme** (Lüneburg), **Dr. Gülşan Yalçın** (Göttingen), **Dang Chau Lam** (Hannover)



Stellvertretende Vorsitzende des



Niedersächsischer Integrationsrat
Geschäftsstelle Bildungsverein
Stadtstraße 17, 30159 Hannover
Tel.: 0511 338 798 54
Fax: 0511 338 798 42
nir@bildungsverein.de
www.nds-nir.de

Delegierte in den Gremien (Stand: 31.12.2021)

Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landtags:

Mustafa Yalcinkaya (Stadt Garbsen); Vertretung: Lucy Grimme (Landkreis und Hansestadt Lüneburg)

NDR-Rundfunkrat:

Fikret Abaci (Stadt Salzgitter)

Landespräventionsrat:

Ahmet Özcan (Landkreis Hameln-Pyrmont); Vertretung: Dang Chau Lam (Landeshauptstadt Hannover)

Landesfrauenrat:

Galina Ortman (Stadt Hildesheim); Vertretung: Dr. Gülşan Yalçın (Stadt Göttingen)

Frauenpolitisches Forum des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Galina Ortman (Stadt Hildesheim); Vertretung: Dr. Gülşan Yalçın (Stadt Göttingen)

Landesschulbeirat:

Joaquim Ferreira Alves Braga (Stadt Wunstorf), Bernadette Zettelmann (Stadt Garbsen)

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat:

Hamidou Bouba (Stadt Langenhagen), Dang Chau Lam (Landeshauptstadt Hannover), Galina Ortman (Stadt Hildesheim), Mustafa Yalcinkaya (Stadt Garbsen); Vertretung: Cecilia Ramirez (Stadt Oldenburg)

Mitgliedsbeiräte (Stand 31.12.2021)

- | | |
|---|--|
| 1. Stadt Bad Pyrmont, Integrationsrat | 11. Landkreis Holzminden, Migrationsrat |
| 2. Stadt Braunschweig, Integrationsausschuss | 12. Stadt Langenhagen, Integrationsbeirat |
| 3. Stadt Delmenhorst, Integrationsbeirat | 13. Landkreis Lüneburg, Integrationsbeirat |
| 4. Stadt Emden, Integrationsrat | 14. Stadt Lüneburg, Integrationsbeirat |
| 5. Stadt Garbsen, Integrationsbeirat | 15. Stadt Northeim, Migrationsrat |
| 6. Stadt Göttingen, Integrationsrat | 16. Stadt Oldenburg, Ausschuss für Migration und Integration |
| 7. Landeshauptstadt Hannover, Internationaler Ausschuss | 17. Stadt Osnabrück, Migrationsbeirat |
| 8. Landkreis Hameln-Pyrmont, Migrationsrat | 18. Stadt Salzgitter, Integrationsausschuss |
| 9. Landkreis Hildesheim, Migrationsausschuss | 19. Gemeinde Weyhe, Integrationsrat |
| 10. Stadt Hildesheim, Migrationsbeirat | 20. Stadt Wilhelmshaven, Netzwerk Integration |
| | 21. Stadt Wunstorf, Integrationsbeirat |

Delegierte im Niedersächsischen Integrationsrat (Stand 31.12.2021)

Frau/Herr	Name Delegierte(r)	Vorname	Mitgliedsbeirat bzw. Ausschuss
Herr	Aygün	Mustafa	Integrationsbeirat Bad Pyrmont
Herr	Gross	Janis	Integrationsbeirat Bad Pyrmont
Frau	Obojska	Jolanta	Integrationsausschuss Braunschweig
Frau	Samut-Hlubek	Zeynep	Integrationsausschuss Braunschweig
Herr Dr.	Attar	Ziad	Integrationsrat der Stadt Emden
Frau	Sann	Necmiye	Integrationsrat der Stadt Emden
Herr	Yalcinkaya	Mustafa	Integrationsbeirat der Stadt Garbsen
Frau	Zettelmann	Bernadette	Integrationsbeirat der Stadt Garbsen
Herr	Moreno	Gustavo	Integrationsrat der Stadt Göttingen
Frau Dr.	Yalcin	Gülsan	Integrationsrat der Stadt Göttingen
Herr	Lam	Dang Chau	Internationaler Ausschuss LH Hannover
Frau/Herr	N.	N.	Internationaler Ausschuss LH Hannover
Herr	Özcan	Ahmet	Migrationsrat Landkreis Hameln-Pyrmont
Frau	Scheuer-Szabó	Lia	Migrationsrat Landkreis Hameln-Pyrmont
Herr	Beyer	Bernd	Migrationsausschuss LK Hildesheim
Frau/Herr	N.	N.	Migrationsausschuss LK Hildesheim
Frau	Ortmann	Galina	Migrationsbeirat der Stadt Hildesheim
Herr	Nouali	Mohammed	Migrationsbeirat der Stadt Hildesheim
Herr	Bouba	Hamidou	Integrationsbeirat der Stadt Langenhagen
Herr	Eder	Erwin	Integrationsbeirat der Stadt Langenhagen
Herr	Ben Aziz	Amara	Integrationsbeirat Stadt und LK Lüneburg
Frau	Grimme	Lucy	Integrationsbeirat Stadt und LK Lüneburg
Herr	Novakovic	Nino	Migrationsrat der Stadt Northeim
Herr	Omeirat	Hamsa	Migrationsrat der Stadt Northeim
Frau	Ramirez	Cecilia	Ausschuss für Migration Stadt Oldenburg
Herr	Schleppegrell	Ulrich	Ausschuss für Migration Stadt Oldenburg
Herr	Haziri	Vëllaznim	Beirat für Migration Stadt Osnabrück
Frau	Martin Sanabria	Antonia	Beirat für Migration Stadt Osnabrück
Herr	Irkan	Özcan	Integrationsausschuss Salzgitter
Herr	Perik	Muzaffer	Integrationsausschuss Salzgitter
Frau	Barut	Tülay	Integrationsrat der Gemeinde Weyhe
Herr	Kizilkara	Esref	Integrationsrat der Gemeinde Weyhe
Herr	Janssen	Johann	Netzwerk Integration Wilhelmshaven
Herr	Päsler	Rainer	Netzwerk Integration Wilhelmshaven
Herr	Ferreira Alves Braga	Joaquim	Integrationsbeirat der Stadt Wunstorf
Frau/Herr	N.	N.	Integrationsbeirat der Stadt Wunstorf
Herr	Block	Andrej	Migrationsbeirat Landkreis Holzminden
Frau/Herr	N.	N.	Migrationsbeirat Landkreis Holzminden

Antrittsbesuch bei Innenminister Pistorius

Presseinformation des Nds. Integrationsrates (NIR) vom 05.03.2020
V.l.n.r.: Galina Ortmann, Boris Pistorius, Dang Chau Lam

In Begleitung von Dang Chau Lam, stellvertretender Vorsitzender des NIR und Mitglied im Internationalen Ausschuss der Landeshauptstadt Hannover, folgte die im März 2019 neu gewählte Vorstandsvorsitzende des NIR, Galina Ortmann, der Einladung von Innenminister Boris Pistorius zu einem politischen Austausch am 27.02.2020 am Rande der Plenarsitzung im Landtag.

Aktuelles Thema des Austauschs war die Bedrohung der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens durch rechtsradikalen Terror so-

wie durch rassistische Hetze und Hasskriminalität im öffentlichen Raum. In diesem Zusammenhang lud Frau Ortmann Minister Pistorius zu einer der nächsten Plenarsitzungen des NIR im Herbst 2020 ein.



Zur Sprache kamen auch die langjährige integrationspolitische Zusammenarbeit des NIR mit der

Landesregierung in Fragen der politischen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten, der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und über die gesellschaftliche Bindungskraft des organisierten Sports.

In den Vereinen vor Ort werde Teamgeist, Toleranz und Regelakzeptanz im gemeinsamen interkulturellen Lernen eingeübt, sagte Minister Pistorius. Erfolg und Anerkennung im Sport können Impulse für eine gleichberechtigte Partizipation von Migrantinnen und Migranten auf allen gesellschaftlichen Ebenen setzen, ergänzte Galina Ortmann.

Achim Weber
Geschäftsführer

Chronik des NIR – Stand 31.12.2021

1984

Gründung der Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen (AG KAN) von 5 Ausländerbeiräten in Göttingen, damit Aufbau einer demokratisch legitimierten Ebene, um Interessen von Ausländern politisch einzubringen, Vorsitz Julio Molina.

1988

Bundeskonferenz aller Arbeitsgemeinschaften, Kooperation mit AGAH Hessen.

1989

Geschäftsführung bei der Stadt Osnabrück als Projektförderung des Landes Niedersachsen (Büro Ausländerbeauftragte).

1991

Stellungnahme der AG KAN bei der Enquete-Kommission des Niedersächsischen Landtages zur Überprüfung des Kommunalverfassungsrechts.

Ziel: Institutionalisierung der Ausländerbeiräte in die Nds. Kommunalverfassung (NGO), Enquete-Kommissionen bestehen aus Abgeordneten aller Fraktionen und Sachverständigen (Enquete = frz.: Untersuchung).

1992

Das Inkrafttreten des neuen NDR-Staatsvertrags (§23) berechtigt die AG KAN, ein Mitglied in den Landesrundfunkrat zu entsenden.

1993

Einrichtung der Ausländerkommission beim Niedersächsischen Landtag, heute: Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landtages.

Mitglied im Landesschulbeirat des Niedersächsischen Kultusministeriums.

1994

Jubiläum in Braunschweig, 20 Mitglieder.

1996

Konstituierende Sitzung des Landespräventionsrates, der NIR ist seitdem als einzige Migrantenselbstorganisation Mitglied.

1998

Historisches Ereignis in Osnabrück: Konstituierung Bundesausländerbeirat, 450 Ausländerbeiräte aus 13 Bundesländern repräsentieren 4,5 Millionen Zuwanderer, Schirmherr: Gerhard Schröder, Gastredner: Christian Wulff.

45 Gründungsdelegierte beschlossen einen fünfzehn Punkte umfassenden Katalog, in dem unter anderem

- die Abschaffung des geltenden Ausländerrechts,
- die Einführung eines generellen Wahlrechts sowie der doppelten Staatsbürgerschaft ein Verbot rechtsradikaler Parteien und
- die Abtretung von Kompetenzen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen an den Bundesausländerbeirat gefordert wurden.

2001

Reform, aus AG KAN wird Niedersächsischer Integrationsrat (NIR).

2002

Nach 18 Jahren Ablösung Julio Molina, neue Vorsitzende Graziella Boaro-Titze, Bad Pyrmont, Wechsel in der Geschäftsführung zur Stadt Hannover.

2004

Manifest „Die integrierte Gesellschaft“ aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der demokratisch legitimierten Interessenvertretungen in Nds., Empfang im Landtag.

2005

Geschäftsführung in Teilzeit beim Bildungsverein Soziales Lernen und Kommunikation e.V. in Hannover.

2007

Vorstandswahlen, neue Vorsitzende Dr. Koralia Sekler, Hannover.

2009

25 Jahre Interessenvertretung in Niedersachsen - Jubiläumsfeier im Neuen Rathaus der Landeshauptstadt Hannover auf Einladung von Oberbürgermeister Stephan Weil - Veröffentlichung der Broschüre „25 Jahre NIR“.

2011

Veranstaltung „Politische Partizipation“ in Hannover - Veröffentlichung der Broschüre „Handreichung zur Bildung kommunaler Migrantinnenvertretungen“.

2012

Vorstandswahlen, neuer Vorsitzender Abdou Ouedraogo, Emden.

Veranstaltung „Willkommenskultur“ in Osnabrück.

2013

Veranstaltung „Migranten und Medien“ in Hannover.

2014

Deutliche finanzielle Aufstockung der Projektförderung für die Geschäftsstelle und die Verbandsarbeit durch die Landesregierung. Fachtage „Ausbildungschancen“ in Hildesheim.

Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre NIR“ im Gästehaus der Landesregierung.

2015

Fachtage „Erfolgsfaktor Migration“ in Oldenburg.

Vorstandswahlen, neuer Vorsitzender Mustafa Yalcinkaya, Garbsen.

2016

Workshop zu Zielen und Strategien des NIR im Rathaus der Stadt Langenhagen. Diskussion und Beschluss der neuen Satzung in der Geschäftsstelle in Hannover.

Konferenz „Politisches Gremium, Migrantinnenorganisation, Bildungsträger für die Mitglieder ... Was ist der NIR?“ im historischen Glockenhaus der Stadt Lüneburg.

Tagung in Göttingen: Vortrag und Diskussion zur Studie „Die enthemmte Mitte - Autoritäre und rechtsextreme Einstellung (2016) in Deutschland“, Vorstellung der Arbeit und der Angebote zur Prävention von Rechtsextremismus des Demokratiezentrum im Landespräventionsrat Niedersachsen.

AUS DEN KOMMUNEN HILDESHEIM - Landes-Preis für ein Hildesheimer Projekt

12 Hildesheimer Allgemeine Zeitung

HILDESHEIM

Sonabend, 5. Dezember 2020

Landes-Preis für ein Hildesheimer Projekt

„Soccer Refugee Coach“ bildet Flüchtlinge zu Trainern aus / Als Erfolgsgeschichte der Integration ausgezeichnet



Der Motor des Projektes beim MTV Hildesheim ist Mohammed Nouali (Mitte). Projektpartner sind der Landesportbund und der Niedersächsische Fußballverband.

Von Thomas Wedig

Hildesheim. Sport ist ein fruchtbares Feld für Integration. Beim Fußball verstehen sich Mitspieler auch, wenn sie nicht fließend dieselbe Sprache sprechen. Das Projekt „Soccer Refugee Coach“ geht beim MTV Hildesheim noch einen Schritt weiter: Es bildet Flüchtlinge zu Fußballtrainern aus. Eine Jury der Integrationsinitiative „Niedersachsen packt an“ war von dem Projekt, das 2018 gestartet ist, nun so beeindruckt, dass sie es besonders ausgezeichnet hat.

Die Initiative suchte Erfolgsgeschichten gelungener Integration. Allein in der Kategorie „Gesellschaftliche Teilhabe“ wurden mehr als 90 Videos eingereicht. Und der Kurzfilm über „Soccer Refugee Coach“ und die Arbeit des Integrationsbeauftragten Mohammed Nouali in Hildesheim gewann den ersten Preis.

Jury-Mitglied Raim Hussein, DFB-Schiedsrichter des Jahres 2020, hob in ihrer Laudatio bei der Online-Preisverleihung den besonderen Charakter des Projektes hervor: „Es ist klasse, dass Flüchtlinge den Vereinsalltag in verantwortungsvoller Position mitgestalten, dass sie Freunde finden und ihr Selbstbewusstsein stärken. Und es freut mich besonders, dass junge Mädchen und Frauen daran mitwirken.“

Beim MTV wurden mehr als 40 Flüchtlinge zu Trainerassistenten ausgebildet. Nouali hat einige von ihnen schon an Vereine vermittelt, wo sie das Gelernte anwenden. Auch während der Corona-Pandemie haben fünf Absolventen die C-Lizenz erworben. Sie sind nun effizient befähigt, im Bereich des Breitensports eine Fußballmannschaft zu leiten. Zain-Abdulin Al-Khodir aus dem Sudan spricht in dem Video über seine Motivation.

Für das Engagement von Mohammed Nouali ist es bereits der zweite landesweite Preis. Er wurde 2016 schon mit dem Niedersachsenpreis gewürdigt. Nouali ist hauptberuflicher Integrationsbeauftragter des Asyl-Vereins, als Sportintegrationsbeauftragter beim MTV ist er zusätzlich ehrenamtlich im Einsatz. Die jungen Flüchtlinge, die an dem Projekt teilnehmen, sind für ihn mehr als angehende Trainer: „Sie sind Kulturvermittler“, sagt er, „die sind Vorbilder.“

Das Projekt „Soccer Refugee Coach“ wird vom Landesportbund (LSB) und dem Niedersächsischen Fußballverband getragen. „Integrationsgebiet zur DNA des Sports“, sagte der LSB-Vorstandsvereinspräsident Reinhard Rasse bei der Preisverleihung aus Anlass des fünfjährigen Bestehens von „Niedersachsen packt an“. „Es ist wunderbar, dass dies durch die Auszeichnung des Projekts deutlich wird.“

2016 - 2019

Kooperationspartner der ARD/ZDF/DLF-Medienakademie und des Nds. Wirtschaftsministeriums für die „SummerSchool“ zu NDR-Ausbildungsberufen.

2017

Fachtag „Integration, Vielfalt und Religion“ im Rathaus der Stadt Braunschweig.

Fachtag „Stärkung der Migrantenorganisationen“ im Kulturzentrum Faust, Hannover.

Fachtag „Herkunftssprachlicher Unterricht“ im Neuen Rathaus in Hannover.

Bundeskongress des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates in der Landesvertretung Niedersachsens in Berlin, Wahl von drei Delegierten des NIR in den Bundesvorstand.

Teilnahme als Kooperationspartner des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung am Fachtag „Altern in Vielfalt“.

2018

Zuwachs auf 18 Mitgliedsgremien aus 16 Kommunen und 3 Landkreisen.

Konferenz „Politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte“ im Rathaus der Stadt Hildesheim.

Aussprache mit dem stellvertretenden Intendanten des Norddeutschen Rundfunks (NDR) und Landesfunkhausdirektor Dr. Arno Beyer sowie der TV-Politik-Redakteurin Angelika Henkel zu aktuellen Programfragen im Landesfunkhaus in Hannover.

Diskussion zu aktuellen Entwicklungen in der Asyl- und Migrationsdebatte mit Katja Thorwarth, Redakteurin der Frankfurter Rundschau, im AWiSTA-Kulturzentrum in Salzgitter.

Fachtagung „Mehrsprachigkeit fördern - Angebote an Niedersachsens Schulen ausbauen!“ mit Kultusminister Grant Hendrik Tonne und in Kooperation mit Eltern- und Familienverbänden und der Landeshauptstadt Hannover.

2019

Vorstandswahlen, neue Vorsitzende Galina Ortmann, Hildesheim.

Vortrag und Aussprache zum Dokumentations- und Lernort Bückeberg mit Landrat Tjark Bartels und Geschäftsführer Alexander Rimmel; Workshop zum Projekt „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ des Landespräventionsrates und des Zentrums für Demokratische Bildung im Kreishaus in Hameln.

Fachtag „Stadtgestaltung und Teilhabe“ - Modellprojekt „Gestalte deine Stadt“ in Osnabrück:

Vortrag von Integrationsmanagerin Seda Rass-Turgut und Dr. Claas Beckord, Strategische Stadtentwicklung der Stadt Osnabrück; „Formate zur Partizipation in migrationsgeprägten Quartieren in Osnabrück“.

Vortrag von Dr. Charlotte Räuchle; Partizipations- und Integrationsgesetze aus Bundes- und Landessicht,

Vortrag von Dr. Thomas Groß, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Osnabrück.

Fachtagung „Gleichstellung, Arbeitsmarktintegration, Quartiersentwicklung und Teilhabe“ in Göttingen:

Grußwort zum Jubiläum „35 Jahre NIR“ von Dr. Carola Reimann, Nds. Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.

Herausforderungen und Lösungsansätze am Beispiel des „NeMiA Netzwerks Migrantinnen und Arbeitsmarkt Niedersachsen“, Vortrag und Diskussion mit Naciye Celebi-Bektas, DGB-Bezirk Niedersachsen.

Quartiersentwicklung als Diversitäts- und Teilhabestrategie, Vortrag und Diskussion mit Dr. Ingeborg Beer, Stadtforschung + Sozialplanung, Berlin.

Göttinger Quartiere - Gemeinsam geht mehr, Stärkung der Gemeinwesenarbeit zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration, Vortrag und Diskussion mit Christina Hammer, Stadtverwaltung Göttingen.

2020

Fachtagung „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ und „Politische Teilhabe“ in Hannover:

Grußwort von Belit Onay, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover.

Überarbeitung des Lokalen Integrationsplans - LIP 2.0, Vortrag und Diskussion mit Dr. Bettina Doering, Bereichsleiterin Migration und Integration der LHH.

Vortrag „Teilhabe und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft.“

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, Vergleichende Politikwissenschaft und Migrationsforschung, Universität Münster, IMIS-Institut, Universität Osnabrück.

Studie „Ein Zeitfenster für Vielfalt. Chancen für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung“, Vortrag und Diskussion mit Dr. Anne-Kathrin Will, Humboldt-Universität/ Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung.

Vorstellung von beRATen e.V., Türkan Zorlu, Judith Graustück, Jugend- und Familienberatung Hannover.

Vorstellung des Landesverbandes aus NRW, Tayfun Keltek, Vorsitzender Landesintegrationsrat (LAGA NRW), Engin Sakal, Geschäftsführer LAGA NRW.

Verabschiedung von drei Positionspapieren des NIR in der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landtages.

2021

Zuwachs auf 21 Mitgliedsgremien aus 17 Kommunen und 4 Landkreisen

Erstellt von:

Ralf Sabelhaus, Stadt Osnabrück, Geschäftsführer von 1989 bis 2002

Achim Weber, Bildungsverein Hannover, Geschäftsführer seit 2005

AUS DEN KOMMUNEN Garbsen - Team Neuland bekommt neue Trikots

Bürgermeister überreicht Trikots an Team Neuland

Mannschaft trägt das Motto „Wir leben Integration“ aufs Spielfeld

GARBSEN (stp). Seit mehreren Jahren ist das „Team Neuland“ beim jährlichen Fußballturnier des Integrationsbeirats in der Rudolf-Harbig-Halle dabei. Ab sofort kann jeder Zuschauer eine Botschaft lesen, die mit diesem Ereignis eng verknüpft ist. „Wir leben Integration“ steht auf den neuen Trikots, die das Team von Bürgermeister Christian Grahl überreicht bekam.

„Ihr seid das beste Beispiel für gelungene Integration“, sagte Grahl zu den

Spielern. Viele Mitglieder der Mannschaft sind Flüchtlinge, die 2015/2016 nach Deutschland kamen. Seit 2016

le. Bisher gab es für die Spieler keine einheitlichen Trikots. Aus diesem Grund hatte sich Kathrin Osterwald,

Projektleiterin des ökumenischen Sozialprojekts Neuland, an die Stadt gewandt und um Unterstützung gebeten und war bei Bürgermeister Christian Grahl auf offene Ohren gestoßen. Die neuen Trikots wurden vom Stadtmarketing gestaltet und zeigen neben dem neuen Logo der Stadt Garbsen auch das Logo von Neuland. Bernadette Zettermann, Vorsitzende des Integrationsbeirates, begrüßte die Aktion. Auch Pastor Christian Lindner lobte die Botschaft auf den Trikots.



stehen sie gemeinsam auf dem Feld und wetteifern um Punkte und Poka-



Bürgermeister **Dr. Christian Grahl** (oben Dritter v.l.) überreichte dem Team Neuland die neuen Trikots. Die Vorsitzende des Integrationsbeirates der Stadt Garbsen, **Bernadette Zettermann** (unten Zweite v.l.) war auch dabei.

117. Plenarsitzung in Hannover, 07.03. - 08.03.2020



Oberbürgermeister Belit Onay, NIR-Vorstandsvorsitzende Galina Ortmann

Im Jahr 2008 wurde der Lokale Integrationsplan (LIP) verabschiedet. Ein Jahr später feierte der NIR sein 25jähriges Jubiläum im Hodlersaal im Neuen Rathaus. Am 07. März 2020 begrüßten Oberbürgermeister Belit Onay und die NIR-Vorsitzende Galina Ortmann erneut ihre Gäste zu einer Veranstaltung mit den Schwerpunktthemen „Lokaler Integrationsplan 2.0“, „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ und „Politische Teilhabe“.

Die Veranstaltung begann am Samstag (07.03.2020) um 13:00 Uhr mit einem Grußwort von Oberbürgermeister Belit Onay. Nach der Begrüßung der Delegierten und Gäste durch die NIR-Vorstandsvorsitzende Galina Ortmann und einem Grußwort von

Dang Chau Lam aus dem Internationalen Ausschuss stellte Dr. Bettina Doering, Bereichsleiterin Migration und Integration der LHH, die Neubearbeitung des Lokalen Integrationsplan (LIP 2.0) vor.

Am Nachmittag trug Dr. Dietrich Thränhardt vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück zum Thema „Teilhabe und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft“ vor. Danach berichtete Dr. Anne-Kathrin Will von der Humboldt-Universität in Berlin über die „Chancen einer interkulturellen Öffnung der Verwaltung“.

Am Sonntagvormittag (08.03.2020) hielt der NIR seine Mitgliederver-

sammlung ab. Das Plenum diskutierte über die Forderungen des NIR zum Thema Bildung und beschloss ein aktuelles Positionspapier. Anschließend berichteten der Vorsitzende Tayfun Kelttek und Geschäftsführer Engin Sakal von der erfolgreichen Arbeit des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen unter dem Motto „Die Stärke unserer kommunalen Gremien bestimmen die politische Kraft des Landesverbandes.“ Dieser hat 107 Mitglieder, die als Pflichtgremien in der Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen rechtlich verankert sind.

Die Veranstaltung am Samstag von 13:00 bis 17:30 Uhr war öffentlich, die Teilnahme an der Plenarsitzung des NIR am Sonntag war nur den Mitgliedern vorbehalten. Die Tagung führte der NIR in Kooperation mit dem Internationalen Ausschuss der Landeshauptstadt durch. Wir danken den Kolleginnen und Kollegen für die organisatorische Unterstützung sowie Stadtrat und Verwaltung der Stadt Hannover für ihre Gastfreundschaft.

Achim Weber
Geschäftsführer



.l.n.r.: NIR-Geschäftsführer Achim Weber, NIR-Vorsitzende Galina Ortmann, NRW-Vorsitzender Tayfun Kelttek, NIR-stv. Vors. Antonia Martin Sanabria, NRW-Geschäftsführer Engin Sakal, NIR-stv. Vors. Dang Chau Lam



Der Niedersächsische Integrationsrat tagte wieder in Hannover, im neuen Rathaus.



Galina Ortmann, Vorstandsvorsitzende des NIR

Galina Ortmann, Vorsitzende des NIR, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Delegierten des Niedersächsischen Integrationsrates und die Gäste. Nach der Begrüßung bat sie um eine Schweigeminute für die Opfer aus Hanau, die bei dem Anschlag am 19.02.2020 ums Leben kamen.



Schweigeminute für die Opfer aus Hanau.



Oberbürgermeister Belit Onay begrüßte die Delegierten und Gäste. In seiner Rede legte er Schwerpunkt auf den Rassismus und Rechtsruck in Deutschland.





Fau Dr. Bettina Doering sprach über den LOKALEN INTEGRATIONSPLAN LIP 2.0 mit anschließender Frage- und Diskussionsrunde.

HANNOVER Prozesstruktur V
Jugendgruppe - Arbeitsprinzipien



HANNOVER Inhalte des Strategiepapier



Teilhabe und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft

Deutschland trauert um die Terroropfer von Hanau. Kaltblütig ermordet von einem Mann, der von Vernichtungsfantasien und rassistischem Hass getrieben war, und im Bundesland des NSU-Versagens wirklich niemals jemandem auffiel. Was man aber jetzt schon mit Sicherheit sagen kann: Manche Dinge muss unsere Bundesregierung **sofort** ändern, um das, was Kanzlerin Angela Merkel das Gift des Rassismus und des Hasses nennt, eben nicht nur zu beschreiben, sondern ihm entgegenzuwirken. Es wird den Toten nicht gerecht, sie bloß zu beklagen, es gilt, die Mörder von morgen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen.

BILDUNG
Sprachförderung, Übergänge und Zugänge, Potenzial der Migrant*innenorganisationen, eigene Veranstaltung zum Thema Bildung, Plattform als Schnittstelle zwischen den Expert*innengruppen



Professor **Dietrich Thränhardt** hielt einen Vortrag über „Teilhabe und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft“, mit anschließender Frage- und Diskussionsrunde.



Die Aussage der Kanzlerin war gut gemeint. Doch unter „**Volk**“ verstehen viele Deutsche etwas anderes: die Gemeinschaft von Kultur, Sprache und Geschichte - der man auch angehören kann, wenn man nicht (mehr) in Deutschland lebt. Auch viele in Deutschland lebende Ausländer widerwärtigen: Nichtjeder Franzose, Italiener oder Türke zählt sich zum deutschen Volk.



Frau Dr. Will (Humboldt-Universität/ DeZIM-Institut) stellte die Ergebnisse der Studie „Ein Zeitfenster für Vielfalt. Chancen für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ vor. Für die Studie wurden Integrationsbeauftragte und Personalverantwortliche zum aktuellen Stand der Erhöhung des Anteils Beschäftigter mit Migrationshintergrund befragt. Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) führte die Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durch. Die Veröffentlichung finden Sie unter: <https://www.fes.de/studie-zeitfenster-fuer-vielfalt>



Frau Türkan Zorlu und Frau Judith Grautstück stellten beRATen e.V. vor und erzählten über die Arbeit des Vereins.



- Beratung von Eltern, Angehörigen und anderen Menschen im Umfeld der von neosalafistischer Radikalisierung betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- Aufsuchende Beratung vor Ort oder in unserer Beratungsstelle
- Individuelle Gespräche
- Fallbezogene Bildung und Stärkung von Netzwerken örtlicher Akteur+innen
- Präventionsarbeit
- Fachliche Unterstützung von Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen und anderen Sozialraumakteur*innen
- Vermittlung von weiteren bedarfsgerechten Hilfs- und Unterstützungsangeboten
- Aufklärung, Informations- und Bildungsangebote

AUS DEN KOMMUNEN

Langenhagen - #Rassismus Ankreiden: Integrationsbeirat kämpft auf Marktplatz für Toleranz

Rassismus im Alltag gibt es auch in Langenhagen. Das berichtet ein Mitglied des Integrationsbeirats. Um auf das Thema aufmerksam zu machen, hat das Gremium eine Aktion für Toleranz und Vielfalt gestartet. Die Organisatoren wollen mit den Sprüchen für das Thema sensibilisieren – und hoffen auf Unterstützung aus der Bevölkerung.

Setzen ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit: Hamidou Bouba (links) und Erwin Eder, Vorsitzender des Integrationsbeirats, wollen mit der Aktion auf dem Marktplatz die Menschen zum Nachdenken anregen. „Das war doch gar nicht böse gemeint“ – der Alltagsrassismus und was kann man dagegen tun.



Mit großer Sorge haben die Mitglieder des Integrationsbeirats der Stadt Langenhagen die rassistischen und diskriminierenden Vorfälle der jüngsten Vergangenheit in den USA in den Medien verfolgt. Leider ist Rassismus auch hierzulande kein Fremdwort. Laut der aktuellen Statistik des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport ist die Anzahl der rechts motivierten Kriminalität im Jahr 2019 von 1434 auf 1632 gestiegen.

Mit der Aktion #RassismusAnkreiden wollen die Beiratsmitglieder für dieses Thema vor Ort sensibilisieren. Mit bunter Sprüchekreide haben sie gemeinsam mit Bürgermeister Heuer am Dienstag auf dem Marktplatz Sprüche für Vielfalt und Toleranz gesprüht.

„Aufgrund der Corona-Pandemie haben wir uns für diese Form des Protests gegen Rassismus entschieden und nicht zur Demonstration aufgerufen, um niemanden zu gefährden. Wir hoffen, dass diese Sprüche zum Nachdenken anregen und den Menschen länger im Gedächtnis bleiben, als die Sprüchekreide auf dem Marktplatz, die mit dem nächsten Regen verschwindet“ – sagt Beiratsvorsitzender Erwin Eder.

Jeden Tag machen Menschen in Deutschland Erfahrungen mit rassistisch motiviertem Verhalten. Sie werden aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer vermeintlichen Religion oder anderer Zuschreibungen diskriminiert und ausgegrenzt. Rassismus zeigt sich in allen Lebensbereichen: bei der Job- und Wohnungssuche, in der Ausbildung, beim Arzt, in der Disco oder auf dem Fußballplatz.

Alltagsrassismus hat viele Gesichter. Es kann ein kleiner Witz oder die Frage nach der (vermeintlichen) Herkunft sein, obwohl man in Deutschland geboren wurde, abwertende Blicke im Bus oder auch die Zurückweisung am Clubeingang. Zum Alltagsrassismus gehören auch „gut gemeinte“ Komplimente wie „Du sprichst aber gut Deutsch“ oder lobend gemeinte Verallgemeinerungen wie „Afrikaner sind gute Langstreckenläufer“ oder „Araber können gut verhandeln“. Wenn man so ein „Kompliment“ hinterfragt, bekommt man häufig die Antwort: „Wieso? Das war doch gar nicht böse gemeint“.

In Langenhagen leben über 8.500 Personen ohne deutschen Pass. Auch einige von ihnen werden im Alltag mit Rassismus konfrontiert. Solche Erfahrungen blieben auch Hamidou Bouba nicht erspart. Der seit vielen Jahren in Langenhagen lebende Kameruner kämpft gegen Rassismus nicht nur in Langenhagen, sondern bundesweit. Was kann jeder von uns gegen den Alltagsrassismus tun?

„Vor allem sein eigenes Handeln und die eigene Wortwahl kritisch hinterfragen. Mehr Achtsamkeit in der Alltagssprache wäre wünschenswert, denn vielen Menschen ist es scheinbar gar nicht bewusst, wie sehr sie andere mit ihren Witzen oder Verallgemeinerungen über Ausländer verletzen“ sagt die städtische Integrationsbeauftragte – Justyna Scharlé.

Langenhagen, 15.07.2020

118. Plenarsitzung in Hannover, 05.09.2020



Galina Ortmann (Vorsitzende des NIR) begrüßte die Delegierten mit einer Eröffnungsrede.

Vorstellung Bündnis der Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache (DAF/DAZ)



Ulrike Neige (Aktionsbündnis DaF/DaZ Hannover)

Ulrike Neise und Artur Sieg (Aktionsbündnis DaF/DaZ Hannover) referierten über die prekären Arbeits- und Lernbedingungen der Lehrkräfte. Sie stellten den Antrag für ein NIR-Positionspapier „Integrations- und Berufssprachkurse“. Das Plenum des NIR möge beschließen, dass die gemeinsamen Forderungen des Nds. Integrationsrates und des Aktionsbündnis DaF/DaZ Hannover/Niedersachsen als Positionspapier in die Nds. Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe eingebracht werden. Das Ziel des Forderungskataloges ist es, die Landesregierung dazu zu bewegen, über die Integrationsministerkonferenz auf die Vorgaben des BAMF bzw. der zuständigen Bundesministerien (BMI und BAMS) bezüglich der Integrations- und Berufssprachkurse Einfluss zu nehmen.



Artur Sieg (Aktionsbündnis DaF/DaZ Hannover)

NIR - Vorsitzende stellt Mentoring-Programm vor



Galina Ortmann (Vorsitzende des NIR)

Im Herbst 2021 finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Der NIR regt an, dass sich vor Ort Personen mit Zuwanderungsgeschichte um ein entsprechendes Mandat bewerben und von den örtlichen Fraktionen und Parteiverbänden Motivation und Unterstützung erfahren. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes weisen in Deutschland etwa 26% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf. In den kommunalen Gremien sind sie aber kaum vertreten.

Auf der Mitgliederversammlung des NIR am 05. September 2020 in Hannover erklärte die NIR-Vorsitzende Galina Ortmann dazu:

„Wir erwarten, dass nach den kommenden Kommunalwahlen mindestens drei Personen mit Migrationshintergrund in jedem Stadtrat und in jedem Kreistag sitzen. Zusammenarbeit und Mitbestimmung sind Teil einer gelungenen Integration. Am besten wäre die Begleitung der Interessierten durch ein lokales qualifiziertes Politik-Mentoring, soweit dies noch nicht zu spät ist, da mancherorts bereits die ersten Beratungen über Listenplätze laufen.“

AUS DEN KOMMUNEN

Hannover - Landeshauptstadt Hannover (LHH) - Dang Chau Lam
Mitglied im Vorstand des NIR

Kongress LIP 2.0: „Vielfalt ist unsere Stärke“
Große Auftaktveranstaltung zum Lokalen Integrationsplan LIP: Bis zu 250 Menschen trafen sich am 17. und 18. Januar 2020 im hannoverschen Haus der Jugend.



MP Weil und MiSO-Vorstand bei der LIP 2.0 - Auftaktveranstaltung, Dr. Bettina Doering - bei der Stadt Bereichsleiterin Migration und Integration - erklärte die weiteren Arbeitsschritte zum LIP 2.0: „Bis Juni 2020 wollen wir gemeinsam ein Strategiepapier entwickeln. Ich wünsche mir eine Streitkultur und einen langen Atem!“



Diskussion in der Gruppe „Demokratie“
In sieben „Dialogrunden“ wurde eifrig über die Handlungsfelder des „LIP 2.0“ diskutiert: Bildung, Soziales, Demokratie, Stadtleben und Kultur, Wirtschaft, Stadtverwaltung und Diversität sowie Jugend lauteten die Themen.
In der Gruppe „Demokratie“ gab es auch Kritik an der Veranstaltung: Mehrsprachigkeit, Gebärdendolmetscher und Barrierefreiheit fehlten, Attraktivität für junge Menschen sei nicht gegeben gewesen, hieß es. Daraus können alle LIP-Beteiligten sicher noch lernen.

119. Plenarsitzung in Hannover, 28.11. - 29.11.2020



Landeshauptstadt Hannover



Galina Ortmann (Vorsitzende des NIR) eröffnete die 119. Plenarsitzung des Niedersächsischen Integrationsrates in Hannover



Die Delegierten im Landesschulbeirat Niedersachsen v.l.:
Hamidou Bouba (Integrationsbeirat Langenhagen)
Bernadette Zettelmann (Vors. Integrationsbeirat Garbsen)
Joaquim Ferreira Alves Braga (Integrationsbeirat Wunstorf)
Daniela Dandrea (Migrationsbeirat Osnabrück, nicht abgebildet)



Der neue Vorstand des Integrationsbeirates Emden v.l.:
Necmiye Sann (1. Vorsitzende)
Dr. Ziad Attar (2. Vorsitzender)
Abdou Ouedraogo (ehemaliger NIR-Vorsitzender)



Diskussion und Beschluss der Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl am 12. September 2021



Vertretung Integrationsbeirat Langenhagen beim NIR seit dem 24.11.2020 v.l.:

- Hamidou Boub**a (2. Vorsitzender)
- Erwin Eder** (Vorsitzender)
- Frederique Anthierens** (2. Vorsitzende)
- Levent Öz**zkilic (stv. Delegierter)

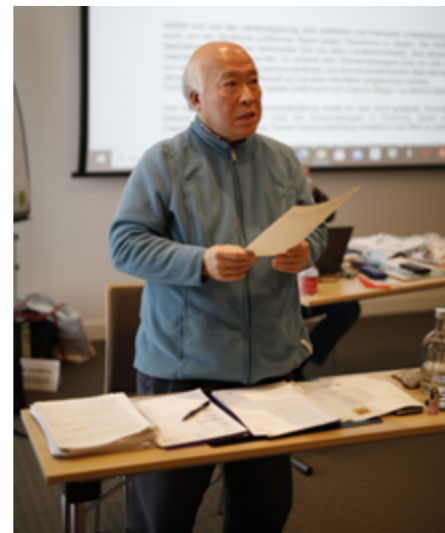
Berichte aus den politischen Gremien



Galina Ortmann (Vors. des NIR) berichtete vom Landesfrauenrat Niedersachsen



Joaquim Ferreira Alves Braga (Integrationsbeirat Wunstorf) berichtete vom Landesschulbeirat Niedersachsen



Dang Chau Lam (Internationaler Ausschuß der Landeshauptstadt Hannover) berichtete vom Landespräventionsrat.



Fikret Abaci (Nds. Landesrundfunkrat) berichtete vom NDR-Rundfunkrat.



Hamidou Bouba (Integrationsbeirat Langenhagen) berichtete vom BZI.



Mustafa Yalcinkaya (Integrationsbeirat Garbsen) berichtete von der Kommission zur Fragen der Migration und Teilhabe

Landtagskommission beschließt Positionspapier des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) zur Verankerung der Migrationsbeiräte in der Kommunalverfassung



Landtag Niedersachsen

Die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe im Nds. Landtag hat in ihrer 13. Sitzung am 7. Juli 2020 das Positionspapier des NIR als Empfehlung an die Landesregierung zur Umsetzung der Gesetzesinitiative beschlossen. Seit 30 Jahren wurde die Forderung nach einer Verankerung von demokratisch legitimierten Interessenvertretungen für die zugewanderte Bevölkerung in die Kommunalverfassung seitens des NIR in verschiedene politische Gremien eingebracht.

Die NIR-Vorsitzende Galina Ortmann

bedankte sich bei den Mitgliedern der Expertengruppe des NIR, die mit ihr zusammen den Text formuliert hat, für die erfolgreiche Arbeit und beschrieb gleichzeitig die kommenden Herausforderungen:

„Nun haben wir durch unser kontinuierliches Beharren es endlich erreicht, dass diese grundlegende Forderung des NIR den Weg von der Kommission in die Ausschüsse und in das Parlament gehen kann.“

Um unser Vorhaben erfolgreich zu Ende zu führen, ist allerdings eine

weitere intensive politische Lobbyarbeit bei den kommunalen Spitzenverbänden und der Landesregierung bis hin zum Ministerpräsidenten notwendig.

Gern werde ich diese Aufgabe in den nächsten Monaten gemeinsam mit unseren Mitgliedern in den Gemeinden, Kommunen und Landkreisen angehen, um den Bestand und die Zukunftsfähigkeit unseres Verbandes zu sichern“.



Landtag Niedersachsen

NIR-Positionspapier Bildung: Integration und Inklusion in Schulen Dritte Aktualisierung nach 2014 in Garbsen (Schwerpunktthema Inklusion) und 2017 in Hannover (Schwerpunktthema Herkunftssprachlicher Unterricht)

Im Jahr 2013 wurde in Deutschland die inklusive Schule eingeführt. Immer häufiger werden Schülerinnen und Schüler eingeschult, bei denen ein Überprüfungsverfahren auf Förderbedarf nicht nur im Bereich Lernen, sondern vor allem auch im Bereich emotionale und soziale Entwicklung eingeleitet wird.

Nicht selten müssen Überprüfungsverfahren im Bereich emotionale und soziale Entwicklung und geistige Entwicklung auch schon vor der Einschulung durchgeführt werden.

Im Pressedienst vom 04.02.2019 erklärte der Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Franz-Josef Meyer wörtlich: „Die Zahl der Kinder mit festgestelltem und vermuteten sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf ‚emotional-soziale Entwicklung‘ ist laut KMK-Zahlen in den letzten zehn Jahren um 86% gestiegen. Dabei sind laut einer vom VBE-Bund bei Prof. Dr. Bernd Ahrbeck im Jahr 2017 in Auftrag gegebenen Expertise bis zu 17% aller Schüler eines Jahrgangs psychisch auffällig, 10% haben akuten Handlungsbedarf.“

Nicht nur die Beschulung von Schülern mit festgestelltem Förderbedarf in verschiedenen Bereichen bringt die Grundschulen und die Sek I-Schulen an ihre Grenzen.

Etwa 130.000 Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung hat das deutsche Schulsystem seit 2015 Schätzungen zufolge aufgenommen. Die größte Verantwortung bei der Integration dieser Gruppe tragen die Lehrkräfte, was eine enorme Herausforderung angesichts der großen Klassen darstellt.

Nach einem Gespräch mit 50 Lehrer*innen in Berlin sagte Kanzlerin Merkel: „Wenn die Klassen zu groß und die Zahl der Lehrer zu gering ist, lassen sich die Probleme schwerer lösen, als wenn man die personellen Möglichkeiten hat.“

Daran muss sich etwas ändern.

Auszug aus einem Bericht von Sandra Stalinski auf tagesschau.de vom 05.09.2018:

„Manche der Kinder mit Fluchterfahrung sind nicht alphabetisiert, weder in ihrer Herkunftssprache noch in der deutschen Sprache, manche können nicht still sitzen..., manche sind traumatisiert oder dauerhaft übermüdet“, schreibt Stalinski. Weiterhin schreibt sie: „Wenn ein Kind Glück hat, gerät es in der Klasse an einen guten und engagierten Lehrer, der seine Freizeit für Elterngespräche oder das Ausfüllen von Anträgen opfert. Wenn das Kind Pech hat, bleibt es auf der Strecke“.

In den Kindergärten und in den Grundschulen werden die Weichen für eine gesamte Bildungsbiografie gestellt.

Leider fehlt es hier an Stunden für individuelle Förderung, die unbedingt nötig wären. Es gibt kein verbindliches, institutionalisiertes Angebot an zusätzlichen Förderstunden (vgl. Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration SVR).

Besonders schlecht stehen die Chancen für Flüchtlinge an Schulen, die ohnehin einen hohen Anteil von Migrant*innen und Schüler*innen aus sozial benachteiligten Familien haben. „An diesen Schulen sind die Lehrer*innen häufig schon stark belastet, die Möglichkeiten für individuelle Förderung deshalb geringer“, sagt Ulf Matysiak, „Teach First“-Geschäftsführer.

Auch der Niedersächsische Integrationsrat sieht deutlichen Verbesserungsbedarf für die Lernsituation in den niedersächsischen Kindergärten und Grundschulen.

Der Niedersächsische Integrationsrat fordert die Landesregierung auf zu handeln:

1. Die Teilungsgrenzen bei der Klassenbildung in den Schulen sollen sinken, um die Klassenstärken entsprechend zu reduzieren. Nur so können die Probleme besser gelöst werden.
2. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf - ganz gleich ob mit oder ohne Migrationshintergrund - benötigen eine Förderung. Für die Schulen müssen personelle und sachliche Grundlagen geschaffen werden, damit die Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler gelingt. Eine konsequente und gewinnbringende Umsetzung der Inklusion gelingt nur, wenn genügend Ressourcen bereitgestellt werden.
3. Die Sprachförderung muss sowohl in den Kindergärten als auch in den Grundschulen personell und finanziell ausgeweitet werden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist für Kinder mit Migrationshintergrund die Basis der Integration.
4. Zusätzliche personelle Unterstützung der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund durch mehr (sozial)pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Für die inklusive Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem Förderbedarf im Bereich Lernen stehen zurzeit an den Grundschulen nur zwei Stunden einer Förderschullehrkraft pro Woche und pro Klasse zur Verfügung.
5. Wir fordern: Den Grundbedarf auf mindestens 5 Stunden pro Woche und Klasse zu erhöhen.
Für Schülerinnen und Schüler mit festgestelltem Förderbedarf im Bereich emotionale und soziale Entwicklung gibt es zurzeit keine Stunden für eine Förderschullehrkraft.
6. Wir fordern auch hier eine adäquate Stundenzuweisung.

Text: Beschluss des Plenums des Niedersächsischen Integrationsrates am 08.03.2020 in Hannover

NIR-Positionspapier „Rassismus“: Rassismus und Diskriminierung sind alltäglich und gehen uns alle an

70 Jahre nach Einführung des Grundgesetzes leben die Menschen immer noch in Deutschland in Angst und Schrecken. Die Bedrohung ist für viele Menschen real. Man spürt die Feindseligkeit. Der „bürgerliche Rassismus“ in der Mitte der Gesellschaft ist für viele sichtbar. Hier ist die Politik aufgefordert, den Nährboden für rassistische Gewalt zu bekämpfen.

Rassistische Bilder, Denkfiguren und Haltungen sind tief in der Alltagswelt verwurzelt und beeinflussen den gesellschaftlichen Diskurs und das politische Handeln, nicht zuletzt auch die vorherrschende Flüchtlingspolitik mit dem Ziel der Abschottung, Abschreckung und Abschiebung.

Der Niedersächsische Integrationsrat (NIR) fordert:

1. Eine konsequente und lückenlose Aufklärung aller rechten Gewalttaten. Die Politik und die zuständigen Behörden müssen mehr Einsatz für den Schutz von bedrohten Menschen zeigen und eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik verwirklichen.
2. Migration gehört zu Deutschland. Rassismus, Diskriminierung verhindern die gesellschaftliche Integration. Das Land Niedersachsen muss ein klares Zeichen für Humanität setzen und auf allen Ebenen entschieden gegen jedwede Form von Rassismus und Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgehen. Dazu gehören auch effektive Maßnahmen gegen Morddrohungen, Hetze und Hass im Internet für eine effektivere Bekämpfung und Verfolgung von Hasskriminalität.
3. Integration braucht ernsthafte gleichberechtigte Teilhabe. Die Migrant*innen und ihre Selbst-Organisations (MSO) sind wichtige Partner bei der Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitentscheidung im Integrationsprozess. Eine demokratische Teilhabepolitik kann nur mit der Beteiligung aller demokratischen, zivilgesellschaftlichen Akteure auf Augenhöhe funktionieren.



Arbeitsgruppe RASSISMUS
Die Migrant*innen und ihre Selbst-Organisations (MSO) sind wichtige Partner bei der Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitentscheidung im Integrationsprozess. Eine demokratische Teilhabepolitik kann nur mit der Beteiligung aller demokratischen, zivilgesellschaftlichen Akteure auf Augenhöhe funktionieren.

Der NIR fordert weiterhin konkrete integrationspolitische Maßnahmen:

4. Der NIR fordert die Einrichtung regional bezogener Antidiskriminierungsstellen für das Land Niedersachsen.
5. Die Kommission für Migration und Teilhabe hat sich bereits auf Antrag des NIR 2017 mit einem Partizipationsgesetz befasst. Der NIR fordert weiterhin ein Partizipationsgesetz.
6. Die umfassende Weiterentwicklung der interkulturellen Öffnung in allen Bereichen, besonders mehr Vielfalt in Führungspositionen in Verwaltung und Behörden, sowie präventive Maßnahmen gegen „Bildung-Rassismus“ in allen Bildungseinrichtungen in Niedersachsen.
7. Politische Teilhabe ist gesetzlich zu garantieren: Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger*innen.

Rassismus führt zu Unmenschlichkeit, Demütigung, Diskriminierung und Gewaltverbrechen. Dem stellen wir uns gemeinsam und entschlossen entgegen: die Zivilgesellschaft, die Institutionen und jede/r Einzelne von uns kann dabei mitwirken.

Text: Niedersächsischer Integrationsrat - Arbeitsgruppe „Rassismus“
Beschluss des Vorstands vom 02.04.2020

NIR-Positionspapier „Verankerung der Migrations- und Integrationsbeiräte in der Niedersächsischen Kommunalverfassung“:

Gesetzliche Initiative des Niedersächsischen Integrationsrates zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts

In Niedersachsen leben zzt. 7,982 Millionen Einwohner/-innen, davon sind ca. 777.000 nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Ein Großteil dieser Gruppe lebt länger als 15 Jahre hier, mehr als ¾ der Jugendlichen mit ausländischen Eltern sind bereits hier geboren. Die Einwohner/-innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind integraler Bestandteil der bundesrepublikanischen Gesellschaft, ohne dass ihnen jedoch die gleichen Rechte zugestanden werden.

Die Diskussion der letzten Jahrzehnte über die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer/-innen und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31.10.1990 haben verdeutlicht, dass politische Mitbestimmungsrechte für alle Einwohner/-innen – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – zu den elementaren Voraussetzungen jeder Integration in einer demokratischen Gesellschaft gehören. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil deutlich gemacht, dass nach der Konzeption des Grundgesetzes die Eigenschaft als Deutscher für das Wahlrecht vorausgesetzt wird.

Seit 1996 haben nichtdeutsche Staatsangehörige von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Hier lebende Ausländer/-innen aus Drittstaaten haben jedoch nach wie vor kein Wahlrecht und werden aufgrund der erwähnten Urteile des Bundesverfassungsgerichts und der gegenwärtigen politischen Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik auf unabsehbare Zeit von diesem elementaren Grundrecht der politischen Mitgestaltung

„Politische Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Nds. Kommunen“ - Textvorschlag für die Verankerung eines Beirates für Fragen der Integration und Migration in das Nds. Kommunalverfassungsgesetz

1. In Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern und einem Ausländeranteil von mindestens 5% oder einem Anteil der Personen mit Migrationshintergrund von 10% an der Gesamtbevölkerung ist ein Beirat für Fragen der Integration und Migration einzurichten.

2. Die Mitglieder des Beirats für Fragen der Integration und Migration werden in allgemeiner, freier, geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl gewählt. Wahlberechtigt sind die meldepflichtigen Einwohner/-innen, die am Wahltag nicht Deutsche im Sinne der Artikels 116 Abs. 1 des GG sind, das sechzehnte Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben. Außerdem sind die Einwohner/-innen wahlberechtigt, die sich unter Hinweis auf ihren Migrationshintergrund in die Wählerliste zum Beirat für Fragen der Integration und Migration eintragen lassen. Wählbar als Mitglied des Beirats für Fragen der Integration und Migration sind die Wahlberechtigten, die seit mindestens sechs Monaten in der Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben und alle Bürger/-innen in der Gemeinde.

ausgeschlossen sein.

Die Gründung demokratisch legitimer Ausländerbeiräte in den achtziger und neunziger Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts eröffnete nicht nur die längst überfälligen Perspektiven der Interessenvertretung auf kommunalpolitischer Ebene, sondern sie leisteten außerdem einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung und treten auch heute noch überwiegend in Form von Integrations- oder Migrationsbeiräten vor allem gegen strukturelle Benachteiligungen und die vielfältigen Formen der Diskriminierung ein. Deshalb war und ist es erforderlich, diese Formen der Einflussnahme durch demokratisch legitimierte Interessenvertretungen auszubauen und im Rahmen des verfassungsrechtlich Zulässigen in echte Mitbestimmungsmöglichkeiten umzuwandeln. Rechtsgrundlage für die Einrichtung und die Tätigkeit der Beiräte bilden kommunale Satzungen. Für eine effektivere Arbeit dieser Gremien ist es geboten, die Beiräte unter bestimmten Voraussetzungen gesetzlich vorzuschreiben und ihre Organisation und Befugnisse abzusichern.

Hierfür hat der NIR - bzw. seine Vorgängerin die Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen - bereits 1991 bei der Enquete-Kommission des Nds. Landtags zur Überprüfung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts entsprechend Stellung bezogen. Seitdem wird die Forderung nach einer Verankerung von demokratisch legitimer Interessenvertretungen für zugewanderte Bevölkerungsteile in die Kommunalverfassung seitens des NIR an geeigneten Stellen immer wieder eingebracht.



Arbeitsgruppe Verankerung NKomVG

3. Folgende Personengruppen werden dem Merkmal „Menschen mit Migrationshintergrund“ zugeordnet: Zugewanderte Ausländer/-innen, in Deutschland geborene Ausländer/-innen, eingebürgerte ehemalige Ausländer/-innen, Aussiedler/-innen, Spätaussiedler/-innen, Staatenlose sowie Kinder mit zumindest einem Elternteil, das eines der genannten Merkmale erfüllt, jeweils soweit deren Wohnsitz in der Kommune/Gemeinde besteht.

4. Der Rat hat darüber zu befinden, ob der Beirat durch eine Wahl zustande kommt oder die Zusammensetzung eines Beirates per Berufung erfolgen soll. Die Verwaltung wird bei der Erstellung der Beschlussvorlage für die Besetzung des Beirates durch eine Findungskommission unterstützt, in der sachkundige Personen mit Migrationshintergrund unterschiedlicher Herkunft zu mindestens 50% vertreten sind. Die Findungskommission ist nach örtlich festzulegenden Rahmenbedingungen einzuberufen. Sie organisiert eine Mitgliederwerbung für die öffentliche Ausschreibung. Bei der Organisation zur Mitgliederwerbung weist die Findungskommission auf Genderspekte hin. Allen gesellschaftlichen Gruppen (Vereinen, Verbänden, Institutionen, Initiativen) ist die Möglichkeit zu geben, Mitgliedervorschläge einzureichen. Es können sich auch Einzelpersonen bewerben, die aufgrund ihrer persönlichen Biographie und/oder beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit und/oder ihres persönlichen Engagements den Zielsetzungen des Beirats für Fragen der Integration und Migration gerecht werden und die kulturelle Vielfalt der migrantischen Bevölkerung widerspiegeln. Der Hauptverwaltungsbeamte bestellt die Beiratsmitglieder und ihre Stellvertreter entsprechend § 38 ff (NKomVG) zur ehrenamtlichen Tätigkeit.

5. Die Beirat für Fragen der Integration und Migration wirken an den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen mit. Sie sind an dem Entscheidungsprozess zu beteiligen, wenn die besonderen Interessen der zugewanderten Bevölkerung und deren Kinder berührt wer-

den. Die Mitglieder des Beirats für Fragen der Integration und Migration vertreten die besonderen Interessen aller in der Gemeinde lebenden ausländischen Einwohner/-innen sowie der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Besondere Interessen sind solche, die sich aus der ethnischen, sozialen, gesellschaftlichen und rechtlichen Stellung der nichtdeutschen oder zugewanderten Einwohner/-innen ergeben.



6. Der Beirat für Fragen der Integration und Migration kann Anfragen und Anträge an den Rat und seine Ausschüsse stellen. Der Beirat entsendet Vertreter/-innen in alle Ausschüsse des Rates mit beratender Stimme.

7. Der Gemeinderat beschließt nach Anhörung des Beirats für Fragen der Integration und Migration eine Geschäftsordnung sowie eine Satzung, in denen die Aufgaben des Gremiums aufgeführt sind.

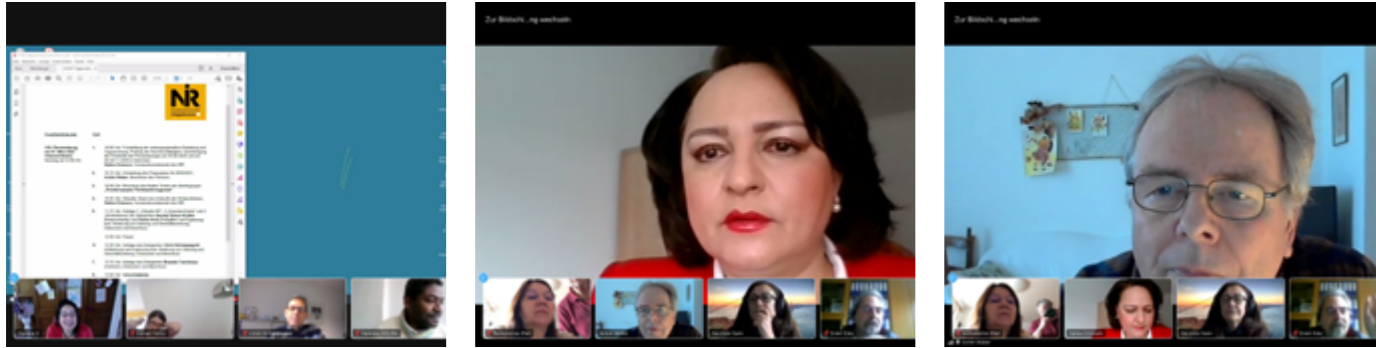
8. Der Beirat für Fragen der Integration und Migration hat aufgrund seiner besonderen Rechtsstellung und Zusammensetzung das Recht, zur eigenständigen Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit Pressearbeit durchzuführen. Zur Unterstützung dieser Tätigkeiten und Abwicklung verwaltungstechnischer Abläufe ist eine Geschäftsstelle einzurichten. Die erforderlichen Mittel hierzu werden nach Möglichkeit von der Gemeinde zur Verfügung gestellt.

9. Der Beirat für Fragen der Integration und Migration ist laut der Präambel seiner Satzung bestrebt, darauf hinwirken, die öffentliche Verwaltung und die etablierten Parteien interkulturell zu öffnen. Das politische Ziel ist es, die gesellschaftliche Vielfalt in den Kommunalparlamenten abzubilden.

Text: Niedersächsischer Integrationsrat - Arbeitsgruppe „Verankerung NKomVG“

Beschluss des Vorstands am 02.04.2020

120. Plenarsitzung (online) 08.03.2021



Bericht der Vorstandsvorsitzenden Galina Ortmann

Corona hat im Jahr 2020 auch bei uns viele Pläne durcheinander gewirbelt. So wollten wir im September 2020 eigentlich in Lüneburg tagen. Den Termin in Alfeld hatten wir von Juni auf November verschoben. Beide Sitzungen mussten von unseren Mitgliedern in Lüneburg und im Landkreis Hildesheim leider abgesagt werden.

Darauf haben wir reagiert, indem wir im Juni einen Austausch über eine Online-Plattform und für September und November unter Beachtung aller Schutzvorgaben Plenarsitzungen in Präsenz in Hannover organisiert haben.

Trotz dieser Probleme haben die Arbeitsgruppen zu den Themen Bildung, Rassismus und Politische Teilhabe weiter gearbeitet und werden dies auch in Zukunft tun, um die aktive Umsetzung der Pläne und Forderungen zu begleiten.

Die Arbeitsergebnisse dieser und weiterer Arbeitsgruppen werden in die Formulierung von Wahlprüfsteinen einmünden. Den ersten Entwurf dafür habe ich Ende November 2020 im Plenum vorgelegt.

Das Positionspapier zum Thema Rassismus wurde von der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe am 16. Juni 2020 als Empfehlung beschlossen, das Positionspapier zum Thema Verankerung der Beiräte in die Kommunalverfassung in der darauf folgenden Sitzung der Landtagskommission am 7. Juli 2020. Im Namen des Vorstands möchte ich mich bei allen beteiligten Mitgliedern für diesen Erfolg bedanken.

Unser Positionspapier Bildung wurde am 1. September 2020 in der Kommission verabschiedet.

Um die Möglichkeit der gesellschaft-

lichen und politischen Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft zu verbessern, fordern wir schon lange die Verankerung der Integrationsbeiräte in der Niedersächsischen Kommunalverfassung und ein Teilhabegesetz in Land und Bund.

Es ist leider absehbar, dass es in dieser Legislaturperiode weder eine Verankerung der Beiräte noch ein Teilhabegesetz geben wird. Vor einiger Zeit hat allerdings der Ministerpräsident öffentlich gesagt, dass er ab 2022 lieber wieder mit den Grünen die Regierung bilden will.

Auf diese Situation müssen wir vorbereitet sein und deshalb weiter intensiv an einem Entwurf für ein Partizipationsgesetz arbeiten. Wie ihr alle wisst, steht dieses Papier auch im nächsten Jahr wieder auf der Tagesordnung.

Um den Anteil von Migranten und Frauen in den Kommunalparlamenten zu erhöhen, hat der Niedersächsische Integrationsrat mit Blick auf die Kommunalwahl 2021 ein landesweites Mentoringprogramm aufgelegt, das sich an alle Menschen mit Migrationsgeschichte richtet. Einige unsere Mitgliedskommunen, wie zum Beispiel der Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück, haben lokale Mentoringprogramme gestartet.

Die Migrations- und Integrationsbeiräte bilden eine wichtige Plattform politischer Sozialisation der zugewanderten Bevölkerung. Aus unseren Reihen haben es bereits einige geschafft, in die kommunalen, in die Landesparlamente, und auch in den Bundestag zu kommen.

Auf der Bundesebene war der Nds. Integrationsrat als Mitglied der Vorbereitungsgruppe der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen aktiv

daran beteiligt, eine gesellschaftliche Debatte über Rechtsextremismus und den alltäglichen Rassismus bei der Bundesregierung einzufordern. Mittlerweile gibt es auf Bundesebene einen Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, den wir kritisch begleiten werden.

Mit Verweis auf unsere Nachbarn, die Bundesländer Hessen und Nordrhein-Westfalen, möchte ich zum Abschluss noch einmal die Bedeutung unserer Arbeit zur Verankerung und zum Teilhabegesetz betonen.

Der Hessische Landtag hat am 6. Mai 2020 das Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften beschlossen. Danach findet die Ausländerbeiratswahl gemeinsam mit den Wahlen der Gemeindevertretungen, Ortsbeiräte und Kreistage am 14. März 2021 statt.

Unsere Kollegen und Freunde aus Nordrhein-Westfalen haben im März 2020 auf der Mitgliederversammlung im Rathaus von Hannover ausführlich über ihre Arbeit berichtet. Hier fanden die Integrationsratswahlen parallel zur Kommunalwahl am 13. September 2020 statt.

Diese Erfolge unserer Nachbarn möchte ich auch für Niedersachsen erreichen. Ich rufe alle Mitglieder des NIR auf, weiter an diesem Ziel zu arbeiten.

Wahlprüfsteine für die kommende Wahlperiode VIII. Digitalisierung und Bildung / Frühkindliche Bildung und Erziehung

Bereich 1: KINDERGARTEN UND SCHULE

1. Eine Studie der Bertelmann Stiftung von 01.02.2020 besagt, dass nach wie vor Kinder mit Migrationsgeschichte in der Kindertagesbetreuung unterrepräsentiert sind.
 - Welche Handlungsoptionen könnten Sie mit Ihrer Partei/Fraktion unterstützen, damit mehr Kinder mit Migrationsgeschichte früher in die Kitas kommen?
2. Damit Kinder mit Migrationsgeschichte bei Schuleintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, sollten sie so früh wie möglich mit deutschsprachigen Kindern spielen.
 - Welche Maßnahmen könnte man Ihrer Meinung nach ergreifen, damit es in keinem Viertel zu Kindergärten kommt mit einem so hohen Migrantenanteil, dass die Kinder kaum Chancen haben, sich mit Gleichaltrigen auf Deutsch zu unterhalten?
3. Kinder und Jugendliche wachsen heutzutage zunehmend in einer multikulturellen Gesellschaft auf. Falls richtig gefördert können Kinder problemlos in verschiedenen Kulturen und in mehreren Sprachen richtig handeln, was später zu Vorteilen im Beruf und in der Wirtschaft führt.
 - Wie wollen Sie die natürliche Mehrsprachigkeit fördern?

Bereich 2: PERSONAL UND BILDUNGSQUALITÄT

5. Wie man aus skandinavischen Ländern längst kennt: Kleinere Klassen führen durch eine Kindgerechtere Förderung, zu besseren Bildungsergebnissen und folglich zu einer höheren Chancengleichheit.
 - Wie ist Ihre Meinung zu den Klassenstärken/Teilungsgrenzen, die an niedersächsischen Schulen angemessen wären, um das Ziel „Chancengleichheit“ tatsächlich zu erreichen?
6. Inklusion beinhaltet facettenreiche Förderung.
 - Wie sehen Sie die Zukunft der dazu nötigen multiprofessionellen Teams (Lehrkräfte + Förderschullehrkräfte + Pädagogische Mitarbeiter/innen) in der Schule?
7. An den Schulen, grundsätzlich jedoch an den kleineren Schulen, fehlen durchgehend Schulassistenten/-innen, die den Lehrkräften ermöglichen, sich auf ihre pädagogische Arbeit mit Kindern zu konzentrieren.
 - Wie könnte die Einstellung solcher Personen unterstützt werden?
8. Seit Jahren klagen wir über Lehrkräftemangel. Zugleich wird eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse gefordert.
 - Wie stehen Sie zu diesem Thema?
 - Was würden Sie unternehmen, damit die Lehrkräfte mit ausländischen Abschlüssen schneller eine Anstellung im Schuldienst finden?
9. In einigen Berufen, wie bei der Polizei bzw. der Bundeswehr, wird gezielt Werbung für die kulturelle Vielfalt der Mitarbeiter gemacht. Die Schülerschaft spiegelt die sprachlich-kulturelle Vielfalt der Gesellschaft. Was würden Sie tun, um die kulturelle Vielfalt in allen pädagogischen Berufszweigen, insbesondere im Lehrerberuf, zu steigern?
10. Viele erfolgreiche Fördermaßnahmen im Bildungsbereich sind auf Projekte beschränkt und haben daher eine kurze Laufzeit.
 - Welche Schritte würden Sie mit Ihrer Partei/Fraktion unternehmen, damit diese Erfahrungen nicht verloren gehen, sondern erfolgreiche Maßnahmen verlängert, bekannt gemacht bzw. verbreitet und im System implementiert werden?
11. Personalressourcen und Ausbildungsniveau gelten nach vorliegenden Studien der Qualitätsforschung als zentrale strukturelle Rahmbedingung, die die Qualität der pädagogischen Arbeit positiv-erfolgreich beeinflusst.
 - Wie wollen Sie qualitative Forschung in den Bereichen Bildung/ Erziehung/ Hochschule institutionell dauerhaft fördern?
12. Ein weiteres Ziel in Schulen ist Demokratie und Anerkennung der Vielfalt von Anfang an.
 - Wie wollen Sie ein regelmäßiges Monitoring implementieren, um Rassismus und Diskriminierung vom Bildungssystem zu bannen?

Bereich 3: DIGITALISIERUNG

13. Der Digitalpakt hat zum Ziel, die Chancengleichheit auf digitale Bildung zu fördern. Gerade im laufenden Jahr haben Schulen durch Homeschooling praktisch erfahren, wie es darum bestellt ist.
 - Wie wollen Sie Chancengleichheit durch Digitalisierung auf das erforderliche Niveau bringen und nachhaltig fördern?
14. Die Stärkung der Medienkompetenz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Doch, es gibt unterschiedliche Voraussetzungen und Unterschiede in der Gesellschaft. (z.B. Eltern, die ihre Kinder im Homeschooling technisch und inhaltlich nicht unterstützen können, Gegenden/Orte, z.B. Flüchtlingsheime, mit so instabiler Netzanbindung und Qualität, dass Home-Schooling kaum durchführbar ist).
 - Wie wollen Sie die Integration und Partizipation von Familien mit geringem Bildungsstandard und sprachlichen Einschränkungen stärken, damit sie eigenständig ihren Kindern im Homeschooling unterstützen?

Osnabrück - Migrationsrat Osnabrück erhält den Niedersächsischen Integrationspreis

24. Juni 2021
Der Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück erhält für sein kommunalpolitisches Mentoring-Programm „Demokratie. Macht. Integration“ den Niedersächsischen Integrationspreis. Das hat Ministerpräsident Stephan Weil gemeinsam mit der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, und den Bündnissen „Niedersachsen packt an“ und „Niedersachsen hält zusammen“ bekanntgegeben. Der Preis ist mit 6000 Euro dotiert. Das Programm, das die Verwaltung gemeinsam mit dem Migrationsbeirat entwickelt hat, hatte zum Ziel, Menschen mit Migrationshintergrund für eine Kandidatur bei der Kommunalwahl 2021 oder für eine Mitarbeit im Migrationsbeirat zu gewinnen. 60 Personen haben sich für das Projekt beworben, bei dem 19 Mitglieder des Osnabrücker Stadtrates als Mentorinnen und Mentorinnen aktiv waren. „Osnabrück ist bunt und vielfältig“,

sagt Stadträtin Katharina Pötter. „Projekte wie das Mentoring-Programm sind ein wichtiger Schritt, damit diese Vielfalt auch in der politischen Landschaft unserer Stadt noch sicht- und hörbarer wird.“ Auch wenn Präsenzveranstaltungen wegen der Corona-Pandemie leider ausfallen mussten, konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dennoch viel lernen und Kontakte knüpfen. So nahmen sie am kommunalpolitischen Alltagsgeschäft in Einzelgesprächen, Online-Fraktionsveranstaltungen sowie Ausschuss- und Ratssitzungen teil. Die Verwaltung und der Migrationsbeirat begleiteten sie mit Informationen und Hinweisen zu den Veranstaltungen. Neben Inhouse-Workshops für die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen wurden auch in digitaler Form zahlreiche Fortbildungsangebote von Bildungsträgern zu Demokratiekompetenz und politischer Partizipation angeboten. „Schon der starke Zuspruch zum

Programm hat gezeigt, wie wichtig es war, dass der Migrationsbeirat etwas ins Rollen bringt, das mehr Menschen mit Migrationsbiographie an die kommunale Politik heranführt und andersherum“, sagt Völlaznim Haziri, der Vorsitzende des Migrationsbeirates. „Super, dass der Niedersächsische Integrationspreis 2021 nun nach Osnabrück kommt. Mein großer Dank gilt allen Mitgliedern von Rat und Verwaltung, die zum Erfolg dieses Projektes beigetragen haben.“ Die Preisübergabe soll Ende September in Hannover stattfinden.

Salzgitter - Özcan Irkan tritt Diskriminierung und Gewalt entgegen

Erster Konfliktlotse im Fußball-Kreis Nordharz

Fußball Özcan Irkan tritt Diskriminierung und Gewalt entgegen.

Von Gönter Schacht

Lebenstedt. Diskriminierung im Leben als aktiver Jugendspieler und Herrenfußballer hat Özcan Irkan selbst erlebt. Um dem Missstand entgegen zusteuern, hat er sich für die Teilnahme am Lehrgang „Geballt gegen Diskriminierung und Gewalt“ des Niedersächsischen Fußballverbandes (NFV) entschieden. Die Ausbildung als Konfliktlotse für Amateurvereine im NFV-Kreis Nordharz hat er nun abgeschlossen.



när des KSV Vahdet Salzgitter verinnerlicht.

An zwei Wochenenden haben sich weitere 13 Teilnehmer aus Niedersachsen dem Thema an der Sportschule in Barsinghausen gestellt. Dem ehemaligen Torjäger der A-Junioren des SV Sportfreunde Salzgitter geht es nicht um die Fälle, die wegen Unsportlichkeiten oder Diskriminierungen vor den Sportgerichten verhandelt werden.

„Es geht darum, die Energie im Falle von rassistischen Äußerungen oder Beleidigungen zwischen den beteiligten Vereinen oder Parteien vorher rauszunehmen. Einer Austragung der Ungereimtheiten über Facebook ist schon im Vorfeld die Spitze zu nehmen. Ein freiwilliges Gespräch mit den beteiligten Mannschaften oder Vereinen ist der ideale Fall, Konflikte schon im Vorfeld einer möglichen Verhandlung durch die Sportgerichtsbarkeit zu entschärfen. Beim Fußball ist ein Rückspiel an der Tagesordnung. Ich sehe meine Aufgabe darin, die beteiligten Vereine wieder zusammenzubringen“, erklärte Irkan. Seine eigene Leitlinie hat der ehemalige Vollblutstürmer schon fest-

Zur Person

■ Mit acht Jahren hat Özcan Irkan begonnen im Verein zu spielen. Mit 22 Jahren wurde die Karriere mit einem Kreuzbandriss jäh beendet.
E-Junioren: TSV Salzgitter (1981/82).
D- bis A-Junioren: Sportfreunde Salzgitter (1982 bis 1990).
Herren: Sportfreunde Salzgitter (1990-1992, Landesliga), Rot-Weiss Steterburg (1993-1995, Verbandsliga), Eintracht Braunschweig II (bis Ende 1995, Verbandsliga).

gelegt: „Ich habe rassistische Äußerungen gegen meine Person erfahren. Aber ich weiß, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich ebenso diskriminierend und rassistisch verhalten. Ich bin persönlich gegen jede Form von Rassismus – dabei spielt es keine Rolle, welche Nationalität und Hautfarbe der Mensch hat. Diskriminierung, Rassismus und Gewalt muss entgegen gewirkt werden. Bei Vorfällen kann ich nicht wegschauen. Der Fußball soll immer Vordergrund stehen und verbinden.“



Özcan Irkan präsentiert das T-Shirt mit der Kennung als Konfliktlose des NFV-Kreises Nordharz auf dem A-Platz im Can Sportpark des KSV Vahdet Salzgitter.

FOTO: GÖNTER SCHACHT / REGIO-PRESS

LANGENHAGEN - Man darf Rassismus nicht verharmlosen

auch eine Kooperationen mit Ver-einen offenen Treff von nachmittags kunft von Stadtsprecherin Juliane bürgermeister zur Eröffnung vorbei - eine schöne Vorstellung.

„Man darf Rassismus nicht verharmlosen“

Rege Beteiligung an digitaler Diskussionsrunde des Integrationsbeirats / Wann beginnt Diskriminierung?

Von Leona Passgang

Langenhagen. „Woher kommst du?“ ist eine Frage, die immer wieder Bestandteil von Diskussionen ist, wenn es um Rassismus geht. Der im November neu gewählte Integrationsbeirat Langenhagen hat nun zum ersten Mal eine öffentliche Veranstaltung organisiert. Gemeinsam debattierten 50 Teilnehmende und vier weitere Gäste auf dem Podium online über die Frage nach der Herkunft und erzählten dabei auch von ihren ganz eigenen persönlichen Erfahrungen.

Die Diskussion hatte der Langenahgener Integrationsbeirat in Zu-

sammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten während der internationalen Wochen gegen Rassismus organisiert.

Im Vorfeld machte der Integrationsbeirat bereits mit einer Plakat-kampagne auf die Problematik, die hinter der Frage nach der Herkunft steckt, aufmerksam. Unter anderem hatte Hamidou Boubou, der auf dem Podium zu Gast war und Mitglied im Integrationsbeirat ist, sein Konterfei für ein Plakat zur Verfügung gestellt. Er zeigte sich nun vom Erfolg der Kampagne erfreut. Viele Menschen hätten ihn angesprochen. „Wir können uns darüber austauschen, was diese Frage mit einem

macht, wenn man sie seit 30 Jahren jeden Tag mehrmals gestellt bekommt“, sagte Boubou.

„Wir sollten uns ein Beispiel an kleinen Kindern nehmen“, sagte Jerosolima Lopez, einer der Podiumsgäste. Sie stelle immer wieder fest, dass Kinder die Vielfalt von Menschen mit ihren verschiedenen Hautfarben oder Sprachakzenten als etwas Natürliches wahrnehmen und allen vorurteilsfrei entgegen-träten. Vorurteile gäbe es oftmals erst durch Erwachsene, die diese an die Kinder herantrügen.

Chau Lam, Vorstandsmitglied des niedersächsischen Integrationsbeirates, erklärte die verschiedenen Formen, in denen Rassismus auftritt. Neben Gewalttätigkeiten seien auch struktureller Rassismus und Alltagsrassismus weit verbreitet. „Man darf Rassismus nicht verharmlo-sen“, appellierte Lam während der Diskussionsrunde.

Identitätsbildung erschwert

Mit der ständigen Frage nach der Herkunft sei es auch schwierig, ein Heimatgefühl zu entwickeln. Gerade bei jungen Menschen erschwere sie die Identitätsbildung, sagte Podiumsgast Diar Sarkan. Er selbst habe Schwierigkeiten, sich zu Hause zu fühlen, da er sowohl im Land seiner Eltern als auch in Deutschland gefragt werde, woher er komme. Eine eindeutige Antwort, ob die Frage „Wo kommst du her?“

diskriminierend ist oder nicht, finden die Diskussionsteilnehmer indes nicht. Grundsätzlich sollte die Frage nach der Herkunft aber immer zu einem passenden Zeitpunkt kommen – und die Antwort, egal wie sie ausfällt, akzeptiert werden.



Pressemitteilung des Niedersächsischen Integrationsrates aus Anlass der Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 15.-28. März 2021

Bekämpfung des strukturellen Rassismus

Rassismus ist für viele Menschen in Deutschland bittere Realität. Rassismus tötet, verletzt, diskriminiert, grenzt aus und verhindert damit ein friedliches und chancengerechtes Zusammenleben.

Möglicher struktureller Rassismus in Behörden, in Unternehmen und anderen Organisationen ist häufig schwerer zu erkennen als einzelne rassistische Äußerungen und Handlungen im Alltag.

Rassismus vollzieht sich in institutionellen Routinen und Handlungsabläufen, deren benachteiligende Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen oft gravierend sind (z. B. Bildungschancen, Wohnungsmarkt, Berufswege).

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Migrationsgesellschaft. Dies ist noch längst nicht Teil der gesellschaftlichen Grundüberzeugung geworden. Zustände der Ungleichheit, Ausgrenzung und Gewalt sind bittere Realität und keine Einzelfälle.

Der Niedersächsische Integrationsrat fordert daher u.a.:

*Ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) analog zum Beispiel Berlins. Dies kann ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung jeder Form Diskriminierung und struktureller Rassismus werden. Es muss zur Stärkung der Rechte von Betroffenen dienen und ihnen gleichzeitig mehr Möglichkeiten bieten, gegen Verantwortliche in Behörden, Polizei, Schulen, Universitäten, Bürgerämtern etc. juristisch vorzugehen.

* Die Einrichtung einer unabhängigen Landes-Antidiskriminierungsstelle (ADS), die die Arbeit von regionalen AD-Kompetenzzentren in den Bereichen (politische) Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Monitoring und Fortbildung begleitet. Eine Landes-Antidiskriminierungsstelle, wie sie bereits seit Jahren von Migrantenselbstorganisationen (MSO) gefordert wird, sollte sich insbesondere des regional übergreifenden Themas „Racial Profiling“ (Diskriminierung aufgrund des Aussehens durch Polizei und Behörden) annehmen.

*Eine strukturelle Förderung für unabhängige, wohnortnahe Antirassismus-Stellen. Diese können sowohl die Bekämpfung des Alltagsrassismus als auch des strukturellen Rassismus in allen Lebensbereichen wirksam unterstützen. Durch die Kontakte zu lokalen Akteuren und die Kenntnisse der regionalen Gegebenheiten sowie durch niedrigschwellige und leicht erreichbare Angebote würden die dezentralen Kompetenzzentren Antirassismus einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Chancengleichheit und in der Präventionsarbeit vor Ort leisten.

Rassismus ist ein tief in unserer Gesellschaft, unserer Geschichte, unseren Strukturen und Institutionen verwurzelt Problem. Es muss klar sein: Struktureller Rassismus lässt sich nur mit strukturellen Maßnahmen konsequent und vor allem nachhaltig bekämpfen.

Text: Niedersächsischer Integrationsrat - Arbeitsgruppe „Rassismus“
Beschluss des Vorstands am 24.03.2021



Wahlauf Ruf des Niedersächsischen Integrationsrates: Migrantinnen und Migranten in die Parlamente!

In Niedersachsen finden am 12. September 2021 **Kommunalwahlen** statt. Gewählt werden Kreistage, Gemeinde-, Städte- und Ortsräte. Auch etliche Bürgermeister und Landräte werden dann direkt gewählt. In vielen Städten und Gemeinden in Niedersachsen werden anschließend die Migrations- und Integrationsbeiräte sowie die Integrationsausschüsse für fünf Jahre neu gewählt. Nur zwei Wochen später findet am 26. September 2021 die **Bundestagswahl** statt.

Der NIR appelliert an die demokratischen Parteien und die Mitgliedskommunen:

Die Kommunen und Landkreise in Niedersachsen brauchen vielfältige Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen im Herbst 2021.

Im Herbst 2021 finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt. Der NIR regt an, dass sich vor Ort Personen mit Zuwanderungsgeschichte um ein entsprechendes Mandat bewerben und von den örtlichen Fraktionen und Parteiverbänden Motivation und Unterstützung erfahren. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes weisen in Deutschland etwa 26% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf. In den kommunalen Gremien sind sie aber kaum vertreten.

Auf der **Mitgliederversammlung des NIR** am 29. November 2020 in Hannover erklärte die **Vorstandsvorsitzende Galina Ortmann** dazu:

„Wir erwarten, dass nach den kommenden Kommunalwahlen mindestens drei Personen mit Migrationsgeschichte in jedem Stadtrat und in jedem Kreistag sitzen. Zusammenarbeit und Mitbestimmung sind Teil einer gelungenen Teilhabe. Am besten wäre die Begleitung der Interessierten durch ein lokales qualifiziertes Politik-Mentoring.“

Für die kommende Legislaturperiode von 2021 bis 2026 wird der NIR deshalb ein Musterkonzept für ein kommunales Politik-Mentoring anbieten, das alle Mitgliedsgremien frühzeitig zur Anwendung bringen können. Der örtliche Migrationsbeirat, unterstützt durch die jeweilige Stadtverwaltung und die entsprechenden Ratsfraktionen erhalten einen Musterfahrplan, wie ein örtliches Mentoring-Programm durchgeführt werden kann.

Dabei sollen die Ratspolitiker*innen ihr Wissen in einer persönlichen Beziehung an eine noch unerfahrene Person weitergeben. Ein Ziel ist es dabei, die Mentees bei der persönlichen Entwicklung zu unterstützen und ihnen den Zugang zur Kommunalpolitik zu ebnen.

Im Idealfall verfügen die Zugewanderten über die aktive und passive Kommunalwahlberechtigung, aber es können auch Personen ohne Kommunalwahlberechtigung teilnehmen, die sich für andere Formen der Partizipation, wie beispielsweise für eine zukünftige Mitwirkung im Migrationsbeirat oder für die Funktion als Hinzugewählte in den Fachausschüssen des Rates interessieren.

Grundsätzlich kommunalwahlberechtigt (aktives Wahlrecht) sind Deutsche oder Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, wenn sie am Wahltag 16 Jahre alt sind und seit mindestens 3 Monaten im Wahlgebiet wohnen. Wählbar ist jede*r Wahlberechtigte, der/die das 18. Lebensjahr vollendet hat, seit mindestens 6 Monaten seinen/ihren Wohnsitz im Wahlgebiet hat und der/die seit mindestens einem Jahr Bürger*in eines EU-Staates ist.

Am 5. Juni 2021 hat das Plenum des NIR nach ausführlicher Diskussion der Texte aus den Arbeitsgruppen der Mitglieder den endgültigen Entwurf der Wahlprüfsteine verabschiedet.

Hannover, 11. Juni 2021

121. Plenarsitzung in Hildesheim, 05.06. - 06.06.2021

Pressemitteilung des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR)
zur 121. Plenarsitzung am 5./6. Juni 2021 in Hildesheim

- **Neuer Schwung für ein Landespartizipationsgesetz -**
- **Wahlprüfsteine verabschiedet -**
- **Sozialministerin lobt Arbeit des NIR -**

Der Niedersächsische Integrationsrat (NIR) hielt auf Einladung des Vorsitzenden des Migrationsbeirates der Stadt Hildesheim, Mohammed Nouali, am 5./6. Juni 2021 in Hildesheim seine Tagung als Covid-19-konforme Hybrid-Veranstaltung ab.

Ehregast war aus aktuellem Anlass Frau Daniela Behrens, die Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Sie stellte vor dem Kreis der Delegierten, die die Belange von Menschen mit Migrationsgeschichte in den Kommunen vertreten, die Anstrengungen der Landesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vor.

Im Mittelpunkt stand dabei der Niedersächsische Impfpakt. Der NIR hat sich als Partner für die Corona-Bekämpfung angeboten, weil er landesweit mit Institutionen und Organisationen von und für Menschen mit Migrationsgeschichte auf der kommunalen Ebene vernetzt ist.

Ministerin Daniela Behrens zeigte sich erfreut über die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der NIR-Vorsitzenden Galina Ortmann. Sie habe deshalb die Einladung nach Hildesheim sehr gern angenommen, auch um weitere Mitglieder des NIR als Multiplikatoren kennenzulernen, die in ihren Kommunen das Vertrauen der migrantischen Bevölkerung genießen.

Galina Ortmann nannte die Corona-Pandemie ein gutes Beispiel, dass alle Teile der Gesellschaft gebraucht werden, um Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Deshalb müssten die Teilhaberechte von Menschen mit Migrationsgeschichte gestärkt werden. Sie formulierte daher als eine wesentliche Forderung:

„Wir brauchen in Niedersachsen ein Partizipationsgesetz, wie es die Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen schon vorgemacht haben, um zum Wohle der Menschen in Niedersachsen die Chancen für alle zu verbessern.“ Der Hildesheimer Landtagsabgeordnete Bernd Lynack sicherte dem NIR seine Unterstützung zu.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab die stellvertretende NIR-Vorsitzende Lucy Grimme aus Lüneburg einen Input zu problematischen Begleiterscheinungen der Pandemie, die im Bereich von Bildung, Sprachkursen und prekären Arbeitsverhältnissen schon verstärkt sichtbar wurden.



v.l.n.r.: Mohammed Nouali, Daniela Behrens, Galina Ortmann, Bernd Lynack MdL

Die Delegierten des NIR nutzten die Gelegenheit, um sich mit Frau Ministerin Behrens zu den Folgen der Pandemie sowie zu den Themen Gleichstellung und Teilhabe auszutauschen. Die Plenumsmitglieder formulierten Forderungen und Vorschläge an die Landesregierung und die Politik.

Rechtzeitig vor dem Kommunalwahlkampf in Niedersachsen und den Wahlen im Bund verabschiedete das Plenum des NIR anschließend seine Wahlprüfsteine und einen Aufruf zur Teilnahme an den Wahlen.



Am zweiten Tag der Plenarsitzung behandelte das Plenum Anträge zur Satzung und Geschäftsordnung des Niedersächsischen Integrationsrates. Zum Abschluss dankte die NIR-Vorsitzende den Delegierten für ihre Mitarbeit bei der Formulierung der Wahlprüfsteine und für die Ausarbeitung der Anträge zur Verbesserung von Satzung und Geschäftsordnung.



Verabschiedung vom Geschäftsführer des NIR, **Achim Weber**, der in den wohlverdienten Ruhestand geht.



Vorstellung der neuen Geschäftsstellenleitung **Nele Winter**, die die Arbeit von Achim Weber ab sofort übernimmt.



Integration in Zeiten von Corona – Weil und Schröder-Köpf geben Preisträgerinnen und Preisträger des Niedersächsischen Integrationspreises 2021 bekannt

Ministerpräsident Stephan Weil hat am (heutigen) Freitag gemeinsam mit der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, und den Bündnissen „Niedersachsen packt an“ und „Niedersachsen hält zusammen“ die Preisträgerinnen und Preisträger des Niedersächsischen Integrationspreises 2021 bekanntgegeben. Der Preis ist mit insgesamt 24.000 Euro (4 x 6.000 Euro) dotiert. Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ und das Bündnis „Niedersachsen hält zusammen“ zeichnen zusätzlich jeweils einen Bewerber mit einem Sonderpreis aus und unterstützen dessen Engagement mit einem Preisgeld in Höhe von jeweils 6.000 Euro. Der Integrationspreis wird bereits zum zwölften Mal vergeben. Das diesjährige Motto lautet „Integration in Zeiten von Corona“. Auch in diesem Jahr war die Zahl der Bewerbungen wieder hoch. Aus rund 200 Bewerbungen und Vorschlägen hat die Jury unter dem Vorsitz von Doris Schröder-Köpf die folgenden Preisträgerinnen und Preisträger ausgewählt:

- **AWO Freizeit- und Begegnungsstätte „Frisbee“, Oldenburg**
- **Grundschule Bad Münster, Hameln-Pyrmont**
- **KRASS e.V. vor Ort Lüneburg – Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche, Lüneburg**
- **Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück, Osnabrück**

Beim Sonderpreis des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ hat sich die Jury für die BBS Wechloy der Stadt Oldenburg entschieden. Der Sonderpreis des Bündnisses „Niedersachsen hält zusammen“ wird an den SPATS e.V. aus Hannover vergeben.

Mit dem Wettbewerb möchte das Land Niedersachsen nachhaltige Projekte und engagierte Menschen auszeichnen, die sich in besonderer Weise dafür einsetzen, dass Integration auch während der Corona-Pandemie gelebt und dadurch ein entscheidender Beitrag zur interkulturellen Teilhabe am Gemeinwesen geleistet wird. Gute Ansätze und vorbildliche Aktivitäten sowie neue, innovative und nachhaltige Ideen zur Integration von Zugewanderten in Zeiten von Corona sollen somit bekannt gemacht werden und zur Nachahmung anregen.

Integration hat gerade in diesen Zeiten einen besonders hohen Stellenwert. Gesellschaftliche Teilhabe ist relevanter als je zuvor, ganz unabhängig von Herkunft, Kultur, Alter, Geschlecht, Religion, wirtschaftlicher oder finanzieller Situation.

Daher ist es für die Niedersächsische Landesregierung ein wichtiges politisches Anliegen, die vielfältigen Potentiale verschiedener Institutionen, Verbände, Vereine, Initiativen, Kindergärten, Schulen etc. zu aktivieren und besonders innovative und nachhaltige Ideen mit dem Niedersächsischen Integrationspreis auszuzeichnen.

Die Preisträgerinnen und Preisträger

AWO Freizeit- und Begegnungsstätte „Frisbee“, Oldenburg

Die AWO Freizeit- und Begegnungsstätte „Frisbee“ steht Kindern und Jugendlichen seit Jahren mit einem Angebot im Bereich Freizeit, Bildung und Betreuung zur Seite. „Frisbee“ versteht sich in erster Linie als sozialpädagogische Einrichtung mit qualifizierter pädagogischer Präsenz und Betreuung der jungen Leute. Im Projekt „Frisbee“ gibt es ein Tonstudio zur Nutzung für junge Menschen, die im südlichen Stadtteil leben. In der Corona-Pandemie startete das Projekt mit dem Motto „Auf die Bühne-Fertig-Los!“. Dabei wird Interessierten die Möglichkeit gegeben, ihre Talente auf einer Bühne zu präsentieren und nach entsprechender Bearbeitung im Tonstudio in den sozialen Netzwerken hochzuladen. Präsentiert werden kann nicht nur Musik, sondern beispielsweise auch Poetry Slam, Zauberei, Tanz oder Comedy. Die Verantwortlichkeit und Anleitung des Tonstudios teilen sich vier junge Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte, die Stammbesucher der Einrichtung sind, und die sich in ihrer Freizeit gerne im Musikbereich engagieren. Die Künstlerinnen und Künstler bekommen positives Feedback zu ihren Produktionen und können so auch neue Kontakte zu Gleichgesinnten knüpfen – Integration findet in Peergroups statt.

Grundschule Bad Münster, Hameln-Pyrmont

Seit März 2020 senden die Kinder der Grundschule Bad Münster – anfangs täglich, später dann wöchentlich – den „Miteinander-Podcast“. Ziel des Podcast ist es, die Schulgemeinschaft fortbestehen zu lassen, Kinder und Erwachsene zu informieren und zu unterhalten sowie dem Miteinander eine menschliche Stimme zu geben. Bestandteil des Sendungsformats sind verschiedene Rubriken. Seit Beginn des laufenden Schuljahres lautet das Format „Wir sind Kinder einer Welt“. In jeder Produktion stellen die Kinder der Redaktion ein Land mit Geräuschen, Musik und kurzen Beschreibungen vor, bevor sie dann einen Erwachsenen interviewen, der speziell die Situation der Kinder in diesem Land beschreibt zu dem Thema, wie Schule und Leben in Zeiten von Corona bewältigt werden. Ebenso haben sich im Podcast bereits Bundespräsident Steinmeier, Landtagspräsidentin Andretta und Ministerpräsident Weil mit einer Mut-Mach-Botschaft gemeldet. Pro Podcast-Folge sind es ca. 700 Hörerinnen und Hörer; die Beiträge sind zusätzlich auch auf dem Regionalsender radio aktiv in der Sendung Lollipop zu hören.

KRASS e.V. vor Ort Lüneburg – Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche, Lüneburg

KRASS e.V. ist ein Verein kultureller Bildung für Kinder und Jugendliche. Das Team KRASS e.V. vor Ort in Lüneburg besteht aus Kunsttherapeuten, Kunst- Theater- und Tanz-Pädagogen sowie ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern – einige von ihnen selbst mit Zuwanderungsgeschichte. Ab März 2020 waren aufgrund der Corona-Pandemie Gruppenangebote nicht mehr möglich, weshalb ein alternatives Konzept erstellt worden ist. Ziel ist es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht alleine zu lassen und ihnen eine andere Möglichkeit für kreatives Miteinander zu bieten. Es wurden wöchentlich Videos mit künstlerischer Anleitung per Handy erstellt (z.B. das Malen von Krafttieren, Mittzen in der Hip-Hop-Gruppe), um die Kinder zum Mitmachen zu motivieren. Außerdem wurden Materialpakete an die Kinder ausgeteilt, bis an vier Standorten wieder wöchentlich Kurse mit kleinen Gruppen angeboten werden konnten. Darüber hinaus wurde während des zweiten Lockdowns ein You-Tube-Kanal als Plattform des Austausches, der Anregung und der virtuellen Begegnung gestaltet sowie als Möglichkeit, Integration in einer neuen Form zu erleben. Durch Sachspenden konnten einzelnen Kindern Leihendgeräte zur Kommunikation zur Verfügung gestellt werden. Mit den zahlreichen Angeboten werden regelmäßig ca. 100 Kinder und Jugendliche erreicht.

Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück, Osnabrück

Auf Impuls und Grundlage des Migrationsbeirates wurde im Stadtrat Osnabrück ein kommunalpolitisch orientiertes Mentoringprojekt für interessierte Migrantinnen und Migranten beschlossen. Die Verwaltung entwickelte in Kooperation mit dem Migrationsbeirat und mit Unterstützung der im Rat vertretenen Fraktionen ein Konzept mit dem Titel „DEMOKRATIE. MACHT. INTEGRATION“, welches mit dem Ziel startete, Interessierte für eine Kandidatur bei der Kommunalwahl im September 2021 oder für eine Mitarbeit im Migrationsbeirat zu gewinnen. Es fanden sich 60 Bewerberinnen und Bewerber sowie 19 Mentorinnen und Mentoren, die an dem Mentoringprojekt teilnehmen wollten. Aufgrund der Corona-Pandemie erfolgte das Mentoring-Programm nicht wie geplant in Präsenzveranstaltungen, sondern die Mentees lernten das kommunalpolitische Alltagsgeschäft in Einzelgesprächen, Online-Fraktionsveranstaltungen sowie Ausschuss- und Ratssitzungen kennen. Die Verwaltung und der Migrationsbeirat begleiteten die Akteurinnen und Akteure mit Informationen und Hinweisen zu den Veranstaltungen. Neben Inhouse-Workshops für die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen wurden auch in digitaler Form zahlreiche Fortbildungsangebote von Bildungsträgern zu Demokratiekompetenz und politischer Partizipation angeboten.

BBS Wechloy der Stadt Oldenburg, Oldenburg

(Sonderpreis des Bündnisses „Niedersachsen packt an“)

Integration findet in der BBS Wechloy in der dualen Ausbildung und in den Berufseinstiegsklassen statt und ist fester Bestandteil des Schulprogramms zur Förderung der sozialen und interkulturellen Kompetenzen. Bei dem Modellprojekt „Ausbildung 1+2 – Starten mit Erfolg“, einer Kooperation der BBS Wechloy, der IHK Oldenburg und des pro:connect e.V., wird für die Zielgruppe junger Geflüchteter den 2-jährigen Ausbildungsberufen Verkäufer/in und Fachlagerist/in ein „Jahr 0“ vorgeschaltet, um intensive Sprachförderung, Sprachentwicklung, Rechenunterricht, Kulturelle Bildung sowie Vermittlung von Fachvokabular zu ermöglichen. Die Auszubildenden befinden sich dabei von Beginn an in einem Ausbildungsverhältnis und erhalten eine Ausbildungsvergütung. Sie besuchen im Jahr „0“ an drei Tagen die BBS Wechloy und werden an zwei Tagen in den Betrieben ausgebildet. Ergänzend dazu werden die Auszubildenden durch den Verein pro:connect bei Problemen im Alltag unterstützt und beraten. Ziel des Projektes sind die Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen, die Vermeidung von Brüchen in der Berufs- und Lebensplanung sowie die berufliche Integration durch Sprache. Die Stärkung des Miteinanders in den Klassen durch gemeinsamen Unterricht in der dualen Ausbildung wird durch das Projekt initiiert. Im bisherigen Projektzeitraum konnten ca.120 Geflüchtete an das duale Ausbildungssystem herangeführt und 38 Ausbildungsverträge erfolgreich abgeschlossen werden. In Corona-Zeiten erfolgt die Beschulung mittels digitalem Lernmanagementsystem Moodle. Austausch, Beratung und Unterstützung erfolgen durch Videokonferenzen im Verbund und individuell mittels BigBlueButton (Videotool). Die technische Ausstattung wurde bei Bedarf durch die BBS Wechloy oder den Betrieb zur Verfügung gestellt.

SPATS e.V., Hannover

(Sonderpreis des Bündnisses „Niedersachsen hält zusammen“)

Unter dem Dach des SPATS e.V. (Solidarisch-Präventiv-Attraktiv-Tatkräftig-Sozial) haben sich fünf Einrichtungen zusammengeschlossen: das NaDu Kinderhaus, der Stadtteilbauernhof, der Nachbarschaftsdienstladen, das Projekt Wohnzufriedenheit und das Senior*innen-Aktiv-Zentrum. Das Besondere ist, dass der SPATS e.V. das Zusammenleben im Stadtteil lebendig gestaltet, Menschen aller Altersgruppen anspricht, einbindet und zusammenführt. In der Corona-Pandemie entschieden sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SPATS e.V. dafür, präsent zu bleiben. Sie blieben vor Ort, waren und sind oft die einzigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und entwickelten sowohl niedrigschwellige als auch zielgruppenspezifische Angebote. Beispielhaft ist der „Mittagstisch@home“ des NaDu Kinderhauses zu nennen, wo Familien wöchentlich kostenlos ein vollwertiges Mittagessen erhielten oder das „Rollende Regal“, bei dem ein Regal mit Büchern, Spielen und Beschäftigungsanregungen sowie verpacktes Obst und Gemüse für Kinder bereitgestellt wurde. Der Stadtteilbauernhof organisierte unter anderem tägliche Spaziergänge mit zwei Kindern und gegebenenfalls Tieren (Esel, Ponys) oder Spiele für den gesamten Stadtteil am Zaun des Außengeländes. Für den Nachbarschaftsdienstladen nähten Migrantinnen ehrenamtlich Mund-Nasen-Masken und das Projekt Wohnzufriedenheit führte zum Beispiel auf Rundgängen Kurzberatungen zu Mietangelegenheiten durch. Eine Briefaktion in mehreren Sprachen an 80 Seniorinnen und Senioren wurde vom Senior*innenAktivZentrum durchgeführt.

AUS DEN KOMMUNEN

Oldenburg - Integrationspreis im Rahmen von GLOBAL LOKAL verliehen



STADT OLDENBURG i.O.

Besondere Bühne für besonderes Engagement

Integrationspreis im Rahmen von GLOBAL LOKAL während des Kultursommers verliehen

Die Verleihung des Oldenburger Integrationspreises hat zum ersten Mal als Teil von GLOBAL LOKAL während des Oldenburger Kultursommers stattgefunden.

Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr das Modellprojekt „Ausbildung 1+2 – Starten mit Erfolg“ von der IHK Oldenburg, der BBS Wechloy und pro:connect e.V.

Außerdem wurde die IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e.V. mit ihrem „Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus – Für Vielfalt und Zusammenhalt“ gewürdigt. Als drittes Projekt wurde das „Farbenfroh Festival Kreyenbrück“ vom Förderverein für theater- und sozialpädagogische Jugendarbeit Oldenburg-Süd e.V. mit dem Integrationspreis geehrt.

„Alle Beiträge stehen für die Vielfalt des Engagements in Oldenburg. Es gibt sehr viele verschiedene Initiativen, Vereine, Institutionen und einzelne Bürgerinnen und Bürger, die sich jedes Jahr ehrenamtlich für den Bereich Integration stark machen“, freut sich Oberbürgermeister Jürgen Krogmann. „Wir sind eine weltoffene und tolerante Stadt mit Menschen aus 150 Ländern, die einander respektieren und miteinander gut leben wollen“, so der Oberbürgermeister. Viele der Bewerberinnen und Bewerber haben in diesem Jahr den Umgang mit der Corona-Pandemie thematisiert – Projekte kamen dabei aus den unterschiedlichsten Bereichen, wie Kultur und Medien, Bildung und soziales Engagement. „Es konnte ein Perspektivwechsel auf das Thema Integration wahrgenommen werden,“ sagt Aliz Müller, Integrationsbeauftragte der Stadt Oldenburg. „Das Augenmerk richtete sich weniger auf die direkte Hilfe für Migrantinnen und Migranten, im Mittelpunkt standen vielmehr Projekte, die sich der Reflexion der vorhandenen Strukturen widmeten und das Zusammenleben in einer diversen Gesellschaft zum Thema hatten.“

Neun Jury-Mitglieder aus vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen haben unter dem Vorsitz von Sozialdezernentin Dagmar Sachse drei Projekte aus den insgesamt 23 Bewerbungen ausgewählt, die den mit jeweils 2.000 Euro dotierten Oldenburger Integrationspreis 2020 gewonnen haben.

Bürgerschaftliches Engagement hat in Oldenburg einen festen Platz – bereits seit 11 Jahren wird der Integrationspreis der Stadt Oldenburg verliehen.

Fachgremium Bildung und Arbeit

Im Mai 2020 nahm das „Fachgremium Bildung und Arbeit“ seine Arbeit im Rahmen der Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Oldenburg auf.

Es handelt sich um ein Gremium, welches aus Akteur:innen der Bereiche Bildung und Arbeit in Bezug auf Migration und Integration in Oldenburg besteht.

Aufgabe des Gremiums ist es, die Bildungs- und Arbeitsbereiche im Hinblick auf die Auswirkungen von Migration zu beleuchten und gemeinsam Lücken in den Angeboten in Oldenburg zu identifizieren und entsprechend Vorschläge zu entwickeln, wie diese geschlossen werden können. Im Focus steht hier eine bedarfs- u. zielgruppenspezifische Förderung in den Bereichen: Sprache, Optimierung von Bildungsübergängen und realistische Integration auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Das Fachgremium hat in den Jahren 2020-2021 Maßnahmen für den Bereich „Bildung und Arbeit“ erstellt, welche im Juni 2021 vom Ausschuss für Integration und Migration beschlossen wurden. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt fortlaufend.

Schwimmkurse für zugewanderte Jugendliche

Das Diakonische Werk Oldenburg-Stadt hat in Kooperation mit dem Stadtsportbund und dem Bürgerfelder Turnerbund (BTB) Schwimmkurse für zugewanderte Jugendliche durchgeführt. Dieses Angebot richtete sich an Jugendliche ab 14 Jahre. Denn in verschiedenen Gesprächen (v. a. im Präventionsrat Oldenburg) wurde festgestellt, dass in dieser Personengruppe nur wenige Kinder richtig schwimmen können. Bereits in 2020 sollten die Kurse starten, wegen des „Corona-Lockdown“ konnten sie nicht durchgeführt werden. Nachdem in 2021 die Schwimmbäder wieder geöffnet und Sportangebote in Gruppen stattfinden durften, konnten die Kurse endlich stattfinden. Über Schulen wurde dieses Angebot gezielt an die

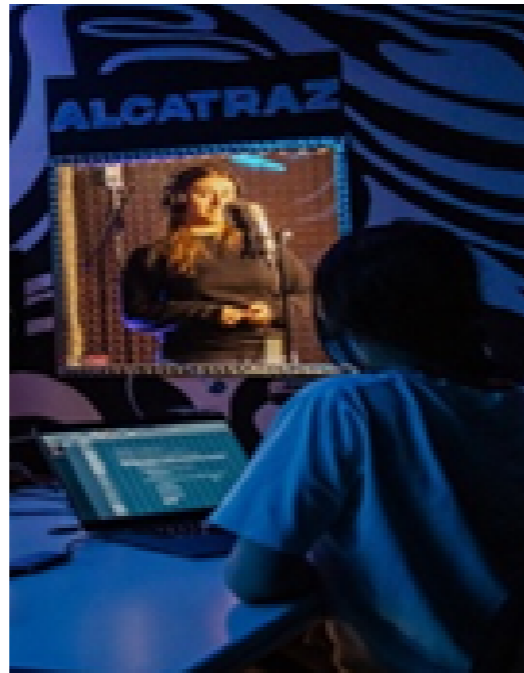
Jugendlichen weitergegeben. Schnell füllten sich die Teilnehmerlisten, sodass bis Oktober 2021 schon 5 Kurse stattgefunden haben und für dieses Jahr noch 3 weitere Kurse durchgeführt werden. Die Teilnehmer*innen hatten zum Beginn des Kurses einen Obolus von 10,00 € zu bezahlen, dieses Geld wird ihnen jedoch zurückerstatten, wenn sie an allen Kursterminen teilgenommen haben. Die Schwimmkurse werden aus Mitteln der NWZ-Weihnachtsaktion von 2018/2019 gefördert.

Freizeit- und Begegnungstätte FRISBEE



Der diesjährige Niedersächsische Integrationspreis steht unter dem Motto „Integration in Zeiten von Corona“. Insgesamt gingen 200 Bewerbungen ein und vier davon konnten mit Ihren Ideen überzeugen, darunter auch Frisbee. Die Freizeit- und Begegnungsstätte Frisbee, die sich in Trägerschaft des AWO Bezirksverbandes Weser-Ems e.V befindet, bietet seit vielen Jahren Kindern und Jugendlichen von 6 – 27 Jahren ein breit gefächertes Programm in den Bereichen Freizeit, Bildung sowie Betreuung an.

Eins der vielseitigen Angebote ist das Tonstudio im Haus, das von jungen musikerinteressierten Menschen genutzt werden kann. Vor allem im Zuge der Corona Pandemie entstanden im Tonstudio neue Ideen, die die Möglichkeit boten, Menschen trotz vieler Einschränkungen und Distanz zusammen zu bringen. Dazu zählt das Projekt „Auf die Bühne, fertig, los“. Kinder und Jugendliche nahmen an einer digitalen Talentshow teil und präsentierten ihre Fähigkeiten wie im Singen, Tanzen oder Zaubern live vor Ort auf einer Bühne in der Freizeit- und Begegnungsstätte. Die Auftritte wurden gefilmt und anschließend im Tonstudio bearbeitet und online gestellt. In den sozialen Netzwerken konnten dann Follower für ihren Lieblingsauftritt abstimmen und erfahren, wer gewonnen hat. Begleitet und auf die Beine gestellt wurde das Projekt mithilfe von vier jungen Stammbesuchern mit Zuwanderungsgeschichte, die sich auch sonst in ihrer Freizeit sehr gerne im Musikbereich engagieren. „Auf die Bühne, fertig, los“ – ein Projekt, welches besonders in der Coronazeit Kindern und Jugendlichen eine wunderbare Möglichkeit darbot, sich kreativ zu entfalten und neue Kontakte zu knüpfen. Das Tonstudio, sowie alle weiteren Angebote der Freizeit- und Begegnungsstätte Frisbee, wie beispielsweise die wöchentliche Kochshow, in der sich Kinder und Jugendliche kulinarisch ausprobieren können, stehen allen Interessierten offen.



Partnerschaften für Demokratie

Auf Initiative des Amtes für Zuwanderung und Integration sowie des Präventionsrates Oldenburg hat sich auch die Stadt Oldenburg (Oldb.) Anfang des Jahres 2021 erfolgreich um eine Förderung für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beworben. Unter dem Titel „Partnerschaften für Demokratie in Oldenburg“ sollen in den kommenden Jahren Projekte rund um die Themen Demokratieförderung, Partizipation, Vielfalt und Extremismusprävention in der Stadt initiiert und finanziell gefördert werden. Ziele sind dabei in erster Linie die Stärkung des demokratischen Verständnisses und der Offenheit gegenüber Vielfalt und Diversität.



Gefördert vom



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **Leben!**

WIR sind Hannover – Zusammenleben in der Stadt

Aus dem „Lokalen Integrationsplan“ werden Strategien für Migration und Teilhabe, der LIP wird zu WIR^{2.0}

Nach 13 Jahren hat die Landeshauptstadt Hannover ihren ehemaligen „Lokalen Integrationsplan“ (LIP) neu aufgerollt und unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit auf neue Füße gestellt: „WIR sind Hannover – Zusammenleben in der Stadt“ (WIR2.0) heißt das neue Papier. Mit den Strategien für Migration und Teilhabe setzt Hannover auf die Stärkung der postmigrantischen Gesellschaft und den Abbau von Zugangsbarrieren für Eingewanderte und ihre Nachkommen. Das fängt schon bei den Begrifflichkeiten an. Das neue Strategiepapier spricht beispielsweise kaum noch von „Integration“, da der Begriff in der öffentlichen Debatte noch viel zu häufig gelesen wird als „die Eingewanderten passen sich ‚uns‘ (also der Dominanzgesellschaft) an“. Stattdessen spricht der WIR2.0 von Migration und Teilhabe und erkennt Einwanderung als integralen Bestandteil der Stadtgesellschaft an: „Die Landeshauptstadt Hannover ist eine Einwanderungsstadt. Das Zusammenkommen von Menschen von überall her, sei es aus dem unmittelbaren Umland oder von anderen Kontinenten, prägt unsere Stadt“, heißt es direkt zu Beginn des Papiers. Auch die Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ findet im WIR2.0 so gut wie keine Anwendung mehr, unter anderem da sie gerade von jungen Menschen, die in zweiter oder dritter Generation hier leben, als ausgrenzende Markierung empfunden wird. Dementsprechend hat sich auch die Zielgruppe gegenüber dem LIP von 2008 erweitert: „Das Zusammenleben in Vielfalt hängt von allen ab und ist deshalb eine Aufgabe für die gesamte Stadtgesellschaft.“

Das bedeutet aber nicht, dass die LHH aus den Augen verliert, dass nicht allen in dieser Gesellschaft die gleichen Chancen und Möglichkeiten der Teilhabe offenstehen. An dem Ziel- und Maßnahmenkatalog, der gerade abschließend verhandelt wird, wird deutlich, dass auch auf besondere Bedarfe eingegangen wird. So stehen Maßnahmen, die einen besseren Zugang postmigrantischer, junger Menschen in den Kulturbetrieb und zu Fördermitteln erleichtern sollen neben solchen, die sich mit konkreten Problemen neu eingewanderter Menschen oder von Menschen aus EU2-Staaten beschäftigen.

Im gesamten Prozess hat die LHH dabei vor allem auf Beteiligung von außen gesetzt: Sowohl die Arbeitsgruppen zu den einzelnen Handlungsfeldern als auch das Entscheidungsgremium „Lenkungsgruppe“ waren und sind paritätisch mit städtischen sowie externen Expert*innen besetzt. Auch mit Migrant*innenorganisationen wurde sowohl bei der Evaluation des alten LIP, als auch bei der Besetzung der Gremien und der Themenfindung zusammengearbeitet. Gerade das Engagement der externen Expert*innen wird auch an anderer Stelle gesehen: Die WIR^{2.0}-AG Jugend ist dafür mit dem Ehrenamtspreis „Leinestern“ ausgezeichnet worden.

Inhaltlich sind sowohl das Strategiepapier „WIR sind Hannover“, als auch der Ziel- und Maßnahmenkatalog in sieben Handlungsfelder aufgeteilt, die teilweise schon aus dem LIP bekannt sind: Bildung, Soziales, Demokratie, Stadtleben und Kultur, Wirtschaft, Stadtverwaltung und interkulturelle Öffnung sowie Jugend.

Die entwickelten Ziele und Maßnahmen sollen Anfang 2022 vom Rat der Landeshauptstadt Hannover verabschiedet werden, bevor die Phase der Umsetzung startet. Und auch die soll nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden: Ein neues Gremium, das wiederum zur Hälfte mit Externen besetzt ist, wird die Umsetzung kritisch begleiten.

Björn Schönfeld



Foto: Daniel Kalifa

Oberbürgermeister Belit Onay besucht einen Stand des WIR2.0-Prozesses beim Innenstadtdialog

Öffentliche Sitzung vom 03.12.2020

Frau Marion Oppermann von der Agentur für Arbeit und Mitglied im Integrationsbeirat, berichtete über die Auswirkung der Corona-Pandemie auf die Ausbildungssituation und den Arbeitsmarkt in Wunstorf. Festzustellen ist, dass besonders Migranten von der damaligen Situation betroffen waren. Teils durch häufig beengte Wohnverhältnisse und die durch die Beschäftigung in systemrelevanten Berufen, die keine Möglichkeit für die Arbeit von zu Hause anboten.

Video-Sitzung vom 13.04.2021

- Der Integrationsbeirat hat dem Förderantrag vom Bau-Hof-Verein für das Projekt „Ferienthemenwoche 2021 in Bau hausen - gemeinsam Vielfalt erleben“ zugestimmt
- Die Schülervvertretung des Hölty-Gymnasiums stellte ihre Umfrage vor, in der SuS zum Thema Diskriminierung in der Schule im Rahmen der „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ befragt wurden.
- Das Team von „Kurze Wege“ hat seit Anfang des Jahres 2020 ein Projekt zur Unterstützung von SuS beim Distanzlernen. Das Angebot findet 4-mal die Woche statt und beinhaltet ein Kochprojekt am Nachmittag. Größtenteils nehmen Kinder mit Migrationsgeschichte daran teil.
- Da es in diesem Jahr schon zu einigen Badeunfällen gekommen ist, wurde angeregt, im Freibad Bokeloh, sowie im Hallenbad weitere Schwimmkurse anzubieten
- Der Beirat unterstützt ein Nähprojekt.

Öffentliche Sitzung vom 01.06.2021

- Im Schulausschuss wurde über das Thema Digitalisierung in Schulen in Wunstorf berichtet. Dort wurde der Medienentwicklungsplan und das von den Schulen erstellte medienpädagogische Konzept vorgestellt.

Öffentliche Sitzung vom 22.09.2021

- Frau Kathrin Block berichtete aus der Praxis über die Förderbedarfe von Kindern mit Migrationsgeschichte
- Durch Frau Virginia Fahlbusch wurde die Anlaufstelle für Integration und Sozialarbeit vorgestellt

Sonstiges

Seit September 2020 hat die Stadt Wunstorf eine neue Gleichstellungsbeauftragte, Frau Marija Vorona. Sie hat gleichzeitig die Geschäftsführung des Integrationsbeirates übernommen.

Auf Wirken des Integrationsbeirates und auf Antrag der SPD, Bündnis90 / Die Grünen und der FDP, haben Gespräche zwischen der Stadt Wunstorf, der Islamisch-Türkischen-Gemeinde und der Stiftskirchengemeinde Wunstorf, für die Errichtung von Muslimischen Grabfeldern auf dem Kirchlichen Friedhof seit 2017 stattgefunden. Im August 2021 sind die Ergebnisse auf dem Kirchlichen Friedhof an einem gemeinsamen Termin vorgestellt worden. Es ist das erste Projekt dieser Art auf einem Kirchlichen Friedhof der Evangelischen Kirche Hannover.

Der Integrationsbeirat hat sich ein eigenes Logo entworfen.



Kommunalwahlen in Niedersachsen

Am 12. September 2021 haben in Niedersachsen Kommunalwahlen stattgefunden. Leider ohne die Mitwirkung von Nicht-EU-Bürger*innen.

Der NIR fordert seit Jahren die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte (MG). Leider gibt es für einen Teil der Bevölkerung mit MG (außer EU-Bürger), die schon über 5 Jahre hier leben, keine Möglichkeit, zur Wahl zu gehen.

In Hannover wurde über die Besetzung des Stadtrates, der Bezirksräte sowie über die Regionsversammlung und der Regionspräsident*innen abgestimmt. Nun muss die SPD ihre langjährige Mehrheit im Rat mit den Grünen teilen, diese erhielten insgesamt 700 Stimmen mehr als die Sozialdemokrat*innen.

Anteil von Frauen

Im neuen Rat der LHH ist der Anteil von Frauen nach wie vor niedrig: 19 von 64 Mitgliedern sind weiblich. Der neue Rat besteht nicht einmal zu einem Drittel aus Frauen. Unter den 13 CDU-Fraktionsmitgliedern gibt es nur 2 Frauen, von 18 SPD-Mitgliedern sind nur 6 weiblich. Allein die 18 köpfige Grünen-Fraktion besteht zur Hälfte aus Frauen. „Das ist nicht zufriedenstellend“ sagte der CDU-Fraktionschef Semper.

Zum Vergleich: im Jahr 2011 waren 28 Mitglieder des Rates weiblich, ein Anteil von fast 44 %, 2016 sank der Frauenanteil auf unter 30 %. Auf diesem Niveau bewegt sich die Kommunalpolitik auch im Jahr 2021.

Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte

Laut Statistik haben 38 % der hannoverschen Bevölkerung eine Migrationsgeschichte. Im neuen Rat allerdings gibt es noch immer nur wenige Menschen mit Migrationsgeschichte. Gern hätten wir den genauen prozentualen Anteil erfahren, aber weder Stadt noch Region konnten bisher die endgültigen Zahlen liefern. Die Migrant*innenorganisationen wünschen sich, dass sich dieses Verhältnis langfristig auch in den kommunalen Gremien widerspiegelt. Derzeit ist man noch weit davon entfernt.

Kommunalpolitik ist die gesellschaftliche Politik vor Ort, vor der „Haustür“. Wir alle müssen die Demokratie stärken. Jeder Einzelne ist verantwortlich für unsere Demokratie“, so NIR-Vorstand Dang Chau Lam: „Das Entscheidende von Demokratie ist, dass Sorgen und Kritik benannt und Gespräche ausgetauscht werden.“

Der Vorstand des NIR hat den frisch gewählten Kommunalpolitikern zu ihrer Wahl bzw. Wiederwahl in dir Orts- bzw. Stadträte gratuliert.



Andrej Block wurde in den *Kreistag* gewählt.



Mustafa Yalcinkaya wurde in den Ortsrat *Horst* gewählt.



Bernadette Zettelmann wurde in den Ortsrat *Garbsen* wieder gewählt.

122. Plenarsitzung in Hannover, 06.11. - 07.11.2021



Grußwort von **Doris Schröder-Köpf**, MdL, Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe

Gemeinsamer Appell der Landesbeauftragten Doris Schröder-Köpf (links) und der NIR-Vorsitzenden Galina Ortmann (rechts) an ehrenamtlich und politisch engagierte Migrantinnen und Migranten: „Jetzt das Zeitfenster zur Kandidatur auf den Listenplätzen der demokratischen Parteien für den Landtag nutzen!“



Galina Ortmann, Vorsitzende des NIR, eröffnete die Plenarsitzung und begrüßte die Mitglieder und Gäste.

Antonia Martin Sanabria hielt auf der 122. Plenarsitzung des Niedersächsischen Integrationsrates die Eröffnungsrede zur Frage, ob Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland, unter dem Gesichtspunkt von Diversität, anerkannt sind. Deutlich wurde, dass obgleich die gesetzliche Grundlage mit Artikel 3 des Grundgesetzes bereits dafür gegeben ist, Menschen mit Migrationsgeschichte unter einer starken Benachteiligung leiden. Mit Blick auf die 60. Jährigung des Anwerberankommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei vom 30. Oktober von 1961, machte das Vorstandsmitglied des Niedersächsischen Integrationsrats Antonia Martin Sanabria auf die wichtige Rolle von Gastarbeiter*innen beim Wirtschaftsboom Deutschland aufmerksam.



Antonia Martin Sanabria stellv. Vorsitzende des NIR

Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht?

Die Kernaussage von **Prof. Dr. Naika Foroutan** war, dass Deutschland sich zu einem zentralen internationalen Migrationsakteur entwickelt hat. Gleichzeitig ist das Land jedoch mit großen empirischen Ungleichheiten konfrontiert, was das demokratische Versprechen der Gleichheit, welches unter Artikel 3 GG an alle Bürger*innen gegeben wurde zuwiderläuft. Besonders in Bildung, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gibt es Diskriminierungen, die die Gleichstellung behindern. Eine Quotierung auf Zeit könnte die Repräsentation erhöhen und Gleichstellungsprozesse dynamisch anstoßen.

Dank der zügigen Abwicklung weiterer Tagesordnungspunkte und durch das frühzeitige Erscheinen von Doris Schröder-Köpf hatten die Delegierten des NIR anschließend die Gelegenheit, sich statt der geplanten 30 Minuten über 1,5 Stunden mit der Landesbeauftragten für Migration und Integration zu den Themen Gleichstellung und politische Teilhabe auszutauschen. Die Plenumsmitglieder formulierten in ihren Redebeiträgen Forderungen und Vorschläge an die Landesregierung und die Politik. Die NIR-Vorsitzende Galina Ortmann bedankte sich sehr herzlich bei Doris Schröder-Köpf für die Bereitschaft, über das verabredete Zeitmaß hinaus an der Tagung teilzunehmen.



Das Plenum begrüßt als neues Mitglied den Migrationsrat des Landkreises Holzminden – damit hat der NIR innerhalb von sechs Jahren neun Mitglieder dazugewonnen



Einstimmige Aufnahme des Migrationsrates des Landkreises Holzminden in den NIR



Andrej Block, Vorsitzender des Migrationsrates des Landkreises Holzminden

Forderungen des NIR finden Eingang in die Zukunftsempfehlungen für die Landesregierung

Die unabhängige wissenschaftliche Kommission Niedersachsen 2030 hat Ende März 2021 ihr Gutachten an die Landesregierung übergeben. Vor einem Jahr hatte die Staatskanzlei die **NIR-Vorsitzende Galina Ortmann** um eine Stellungnahme zum Fachforum „Internationalisierung und Integration in Niedersachsen - Transformations- und Teilhabefragen“ gebeten. Mit Bezug auf die **Positionspapiere des NIR** hat Galina Ortmann wesentliche Forderungen in ihre Stellungnahme eingearbeitet.

So wurden unter der Überschrift „**Migrations- und Integrationsbeiräte stärken**“ Texte des NIR und seiner wissenschaftlichen Berater aufgenommen:

„Zur Verbesserung kommunaler Integrationsmaßnahmen bedarf es darüber hinaus einer **Verankerung der Migrations- und Integrationsbeiräte in der Niedersächsischen Kommunalverfassung**. Auf Basis des Vorschlags des Niedersächsischen Integrationsrates bietet sich hierfür folgende Regelung an: In Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern und einem Ausländeranteil von mindestens 5 Prozent oder einem Anteil der Personen mit Migrationshintergrund von 10 Prozent an der Gesamtbevölkerung ist ein Beirat für Fragen der Integration und Migration einzurichten.“(1)

Um den Informationsfluss zwischen Kommunen sowie zwischen Kommunen und der Landesregierung langfristig zu verbessern, sollte außerdem der **Niedersächsische Integrationsrat** im Zuge der Verabschiedung eines Landesintegrationsgesetzes **auf Landesebene institutionell verankert** werden.“(2)

Inhaltlich sollte der Entwurf für ein „**Landesintegrationsgesetz**“ in enger Zusammenarbeit mit zentralen Akteuren der niedersächsischen Integrationsarbeit entwickelt werden, von deren jahrelanger Erfahrung und Expertise die Landesregierung profitieren kann. Die Regelungsgegenstände des Gesetzes sollten vor allem Partizipationsinstrumente auf Landes- und kommunaler Ebene sowie Ergänzungen einzelner Fachgesetze und allgemeine Zielvorgaben umfassen.“(3)

Fußnoten

(1) Niedersächsischer Integrationsrat, Arbeitsgruppe „Verankerung NKomVG“: NIR-Positionspapier „Verankerung der Migrations- und Integrationsbeiräte in der Niedersächsischen Kommunalverfassung“: Gesetzliche Initiative des Niedersächsischen Integrationsrates zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts, Hannover 2017, S. 2.

(2) Stellungnahme von Prof. Dr. Hannes Schammann (Universität Hildesheim) im Rahmen der Konsultationsprozesse der Kommission Niedersachsen 2030 zur Verankerung der Integrations-/Migrationsbeiräte im NKomVG.

(3) Groß, Thomas: Überlegungen zu einem niedersächsischen Integrationsgesetz. In: Niedersächsische Verwaltungsblätter, H. 1/2020, S. 7–11.

Weitere Empfehlungen der wissenschaftlichen Zukunftskommission, die den Forderungen des Niedersächsischen Integrationsrates entsprechen, lauten:

- Ministerium für Migration, Antidiskriminierung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration einrichten
- Migrationsgesellschaftliche Öffnung von Behörden durch temporäre Quotenregelung fördern
- Kommunalverfassung und kommunales Wahlrecht auch für Drittstaatlerinnen und Drittstaatler diskutieren
- Professur(en) für Rassismusforschung einrichten und rassismuskritische Bildungspolitik fördern

Ministerpräsident Stephan Weil hat versichert, dass die Landesregierung sich mit den Empfehlungen der Kommission auseinandersetzen wird. Die Arbeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begann am 1. Juli 2019 und endete im März 2021. Dabei konzentriert sich das Gutachten der unabhängigen und interdisziplinär besetzten Kommission auf die Handlungsfelder:

- Demografie und Generationen
- Zuwanderung und Diversität
- Arbeit, Beschäftigung und Weiterbildung
- Gesundheit und Pflege
- Landschaft, Energie und Klimawandel
- Agrar- und Ernährungswirtschaft
- Mobilität
- Forschung und Innovation
- Hightech-Strategie, Robotik und KI und Digitalisierung.

Das Gutachten der Kommission Niedersachsen 2030 finden Sie auf der Website der Staatskanzlei unter <https://www.niedersachsen.de/2030>

Antisemitismus in allen Formen bekämpfen

Seit einigen Tagen gibt es antisemitische Demonstrationen, jüdische Menschen werden bedroht, Synagogen und andere Einrichtungen angegriffen. Wir verurteilen entschieden jede Form von Antisemitismus und Gewalt. Die Politik und die zuständigen Behörden müssen mehr Einsatz für den Schutz von bedrohten Menschen zeigen. Wir fordern eine konsequente und lückenlose Aufklärung aller antisemitischen Straftaten und ein sofortiges Verbot aller antisemitischen und rassistischen Organisationen.

Gegen die Politik Israels kann man demonstrieren. Demonstrationen sind Teil der Meinungsfreiheit, aber nicht, wenn vor Synagogen und jüdischen Einrichtungen, Juden Hass und Hetze verbreitet wird. Die Jüdinnen und Juden in Deutschland sind nicht für die israelische Politik verantwortlich. Ebenso wenig wie die hier in Deutschland friedlich lebenden Muslim*innen für die Taten der Hamas in Israel und für gewalttätige Demonstrationen in Deutschland verantwortlich sind. Hier darf nicht generalisiert werden, denn dies würde nur den antimuslimischen Rassismus fördern.

Wir sind besorgt darüber, dass Teile der Medien und der Politik den Antisemitismus einseitig der Zuwanderung von muslimischen Migrant*innen oder migrantischen Communities zuschreiben, die so pauschal als antisemitisch verurteilt werden. Dies ist eine Verfälschung bzw. Verdrehung der Geschichte. Tatsache ist, dass über 93 % aller antisemitischen Straftaten einen rechtsextremistischen Hintergrund haben.* „Die größte Gefahr geht weiterhin vom Rechtsextremismus aus“ unterstreicht auch die niedersächsische Justizministerin Barbara Havliza (HAZ vom 19.05.2021).

Die Vorfälle dürfen aus unserer Sicht nicht als Vorwand genutzt werden, um antimuslimischen Rassismus zu verbreiten und damit die Gesellschaft zu spalten. Der Niedersächsische Integrationsrat setzt sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts ein und verurteilt mit Nachdruck jede Form von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und religiös motivierten Hass.

*BMI - Presse - Zahl der Straftaten sinkt im dritten Jahr in Folge (bund.de)
„Antisemitische Straftaten sind um 13,0 % gegenüber dem Jahr 2018 angestiegen (2019: 2.032; 2018: 1.799). Der überwiegende Teil wurde mit 93,4 % dem Phänomenbereich PMK -rechts- zugeordnet.“

Text: Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrates (21.05.2021)

Pressemitteilung des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) zum Impfpakt Niedersachsen

Mittlerweile sind laut Aussagen des Robert-Koch-Instituts 63,6% aller Niedersächsinen und Niedersachsen vollständig geimpft. Nicht zuletzt durch den niedersächsischen Impfpakt konnten mittlerweile viele Bürgerinnen und Bürger erreicht und ein Impfangebot gemacht werden.

Angesichts der mittlerweile vorrangig grassierenden Deltavariante und den wieder steigenden Zahlen Erkrankter muss weiterhin dafür Sorge getragen werden, möglichst viele Mitmenschen davon zu überzeugen, sich impfen zu lassen. Dies wird von der NIR-Vorsitzenden Galina Ortmann noch einmal unterstrichen:

„Angesichts der gegenwärtigen Situation wird es auf Dauer von höchster Bedeutung sein, weiterhin Aufklärungsarbeit hinsichtlich aufkommender Unsicherheiten zu leisten, um so die Menschen, die aktuell noch nicht geimpft sind, dazu zu motivieren, sich impfen zu lassen. Dazu brauchen wir auch in der Zukunft niedrigschwellige Angebote, um möglichst alle in unserer Gesellschaft zu erreichen.“

Dazu beitragen soll auch in Zukunft der niedersächsische Impfpakt, der von Sozialministerin Daniela Behrens im April 2021 in einer digitalen Auftaktsitzung vorgestellt wurde. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass alle Informationen nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Arabisch, Bulgarisch, Englisch, Farsi, Polnisch, Rumänisch, Russisch und Türkisch zugänglich sind. Gerade für Menschen mit Migrationsgeschichte, auch wenn diese deutsch sprechen, kann es nachhaltiger und gegebenenfalls beruhigender sein, die zum Teil komplexen Inhalte noch einmal in ihrer Muttersprache studieren zu können.

Wir begrüßen vor diesem Hintergrund die Nachhaltigkeit der vielfältigen Impfangebote des Landes Niedersachsen, indem die Verantwortlichen weiterhin direkt auf die Menschen zugehen und sie persönlich ansprechen, um diese bestmöglich aufzuklären und niedrigschwellige Impfangebote zu machen.

Mittlerweile sind laut Aussagen des Robert-Koch-Instituts 63,6% aller Niedersächsinen und Niedersachsen vollständig geimpft. Nicht zuletzt durch den niedersächsischen Impfpakt konnten mittlerweile viele Bürgerinnen und Bürger erreicht und ein Impfangebot gemacht werden.

Angesichts der mittlerweile vorrangig grassierenden Deltavariante und den wieder steigenden Zahlen Erkrankter muss weiterhin dafür Sorge getragen werden, möglichst viele Mitmenschen davon zu überzeugen, sich impfen zu lassen. Dies wird von der NIR-Vorsitzenden Galina Ortmann noch einmal unterstrichen:

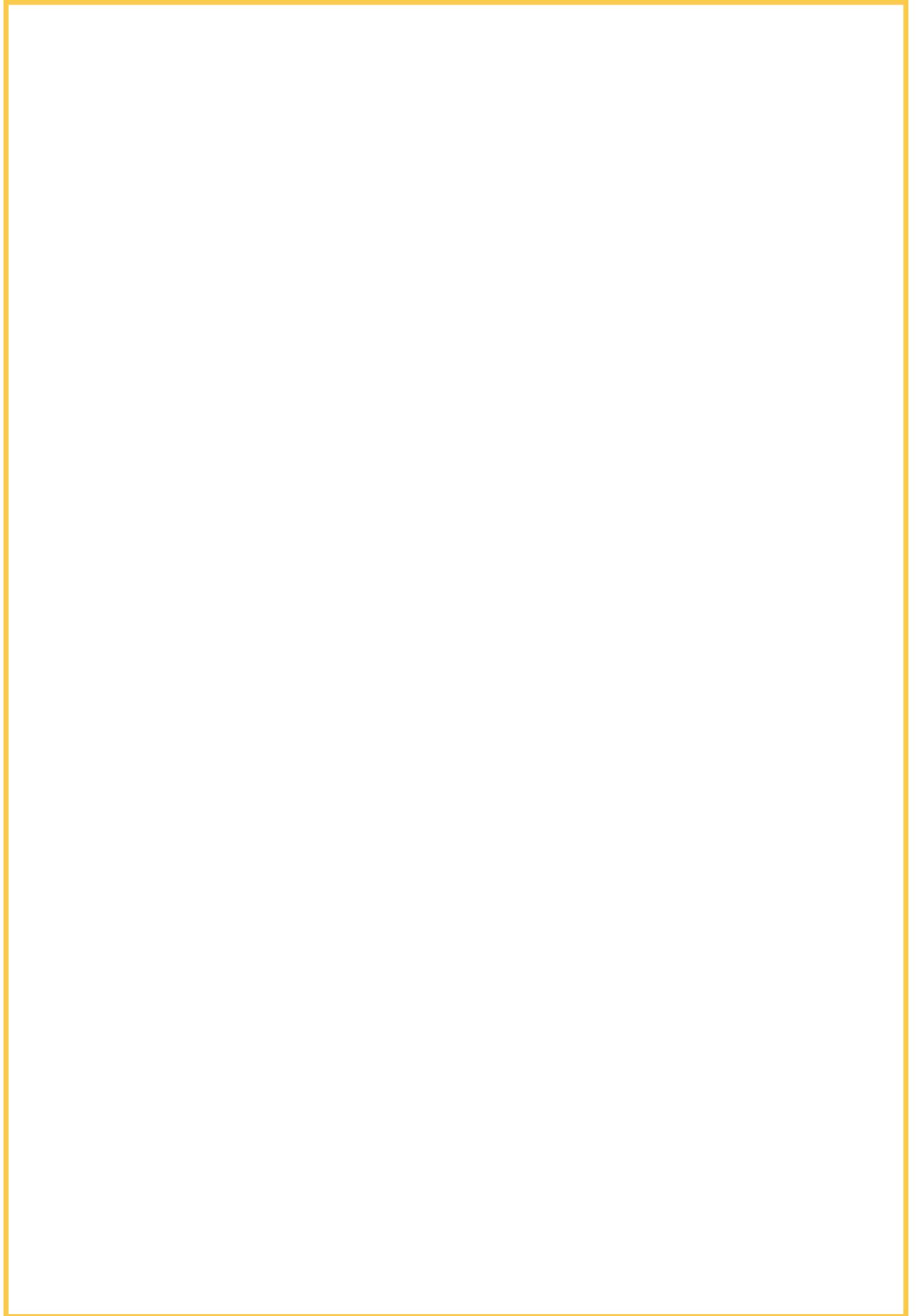
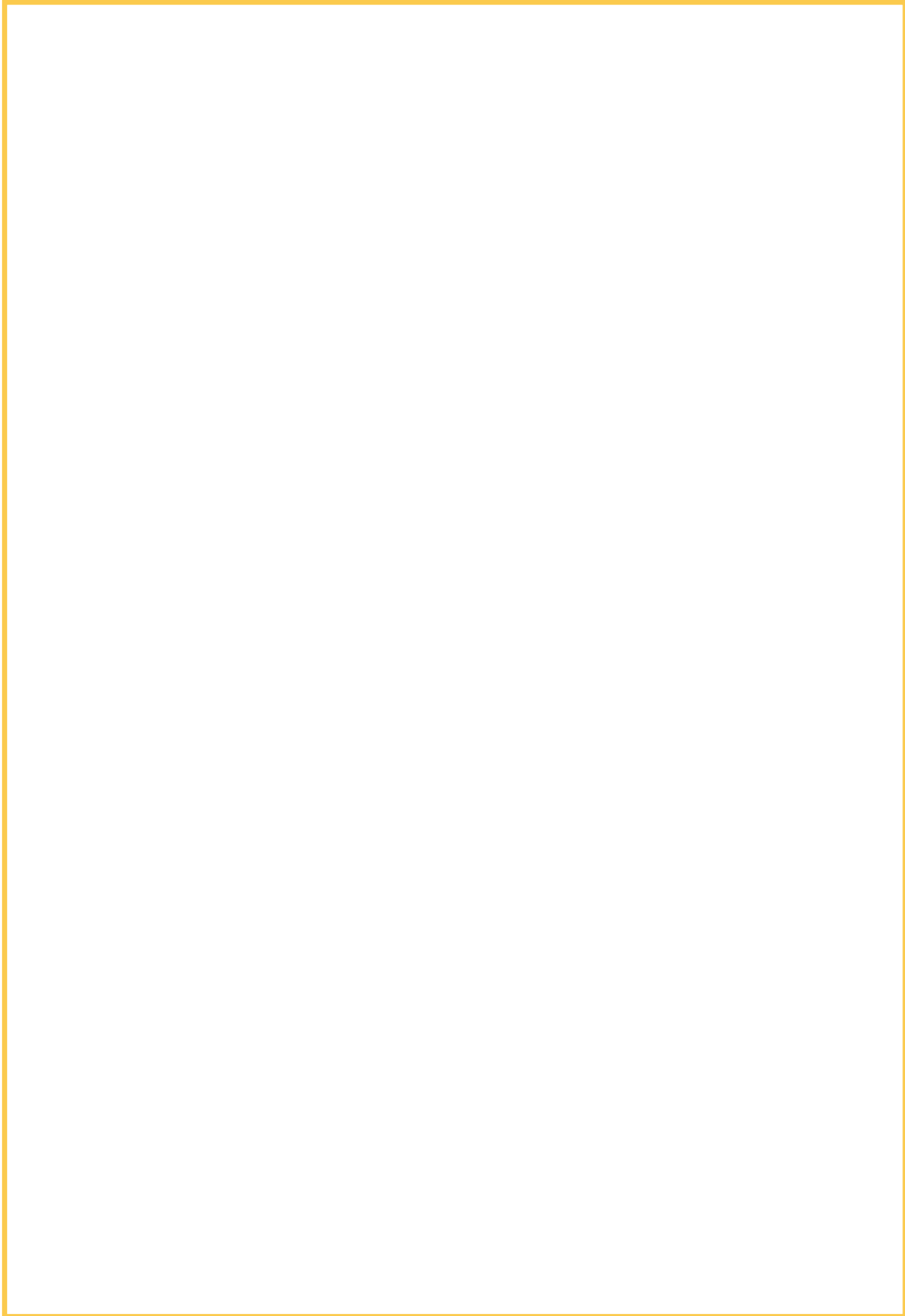
„Angesichts der gegenwärtigen Situation wird es auf Dauer von höchster Bedeutung sein, weiterhin Aufklärungsarbeit hinsichtlich aufkommender Unsicherheiten zu leisten, um so die Menschen, die aktuell noch nicht geimpft sind, dazu zu motivieren, sich impfen zu lassen. Dazu brauchen wir auch in der Zukunft niedrigschwellige Angebote, um möglichst alle in unserer Gesellschaft zu erreichen.“

Dazu beitragen soll auch in Zukunft der niedersächsische Impfpakt, der von Sozialministerin Daniela Behrens im April 2021 in einer digitalen Auftaktsitzung vorgestellt wurde. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass alle Informationen nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Arabisch, Bulgarisch, Englisch, Farsi, Polnisch, Rumänisch, Russisch und Türkisch zugänglich sind. Gerade für Menschen mit Migrationsgeschichte, auch wenn diese deutsch sprechen, kann es nachhaltiger und gegebenenfalls beruhigender sein, die zum Teil komplexen Inhalte noch einmal in ihrer Muttersprache studieren zu können.

Wir begrüßen vor diesem Hintergrund die Nachhaltigkeit der vielfältigen Impfangebote des Landes Niedersachsen, indem die Verantwortlichen weiterhin direkt auf die Menschen zugehen und sie persönlich ansprechen, um diese bestmöglich aufzuklären und niedrigschwellige Impfangebote zu machen.

Text: Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrates (September 2021)







nir

Niedersächsischer
Integrationsrat ●

2020/21